(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt. - Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgeben.

Es haben gestimmt: mit Ja 82 Abgeordnete, mit Nein 117 Abgeordnete, 12 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wer dem Entwurf des Einzelplans 04 entsprechend der Beschlußeempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/724 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke! Wer ist dagegen? - Danke! Wer enthält sich der Stimme? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05: Kultusminister

Auch hierzu verweise ich auf die Beschlußeempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/725. Mit den Drucksachen 10/796 bis 10/799 liegen Ihnen vier Änderungsanträge zu diesem Einzelplan vor. Ich möchte gern die Beratung eröffnen und frage, ob es dazu Wortmeldungen gibt. - Es wird Herr Abg. Reul für die Fraktion der CDU gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

(B)

Reul (CDU): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat im Ausschuß beantragt, 1 500 Lehrerstellen neu einzurichten. Sie von der SPD-Fraktion haben diesen Antrag guillotiniert. Der Unterricht, unsere Kinder, unsere Schulen bedeuten Ihnen überhaupt nichts!

(Beifall bei der CDU)

Stelleneinsparungen gehen Ihnen über alles.

"Neun von zehn Stellen im Landeshaushalt, die eingespart werden, kommen aus der Lehrerschaft. Es scheint mir unredlich, weiterhin von einer einprozentigen Einsparung von Stellen im Landeshaushalt zu sprechen, wenn dies im Lehrerbereich das Vierfache ausmacht und eine einprozentige Einsparung bei den Lehrern rechnerisch sogar einen Einstellungsbedarf von rund 2 000 Lehrern ergäbe."

Meine Damen und Herren, ich vermisse Ihren Beifall von der SPD-Fraktion. Dieser Satz stammt von Ihrem Fraktionsvorsitzenden Herrn Farthmann. Der hat das gefordert, was wir heute hier auch fordern. Darin kann man ihm doch nur zustimmen. Warum applaudieren Sie eigentlich an dieser Stelle nicht, wenn Sie diese Aussage unterstützen können?

(C)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

So klar diese Erkenntnisse Ihres Fraktionsvorsitzenden sind - meine Damen und Herren, ich weiß, es ist äußerst unangenehm, dieses Thema -

(Zuruf von der SPD: Überhaupt nicht!)

so beschämend sind aber die Motive, die diesem Brief zugrunde liegen. Ich möchte gern aus dem Brief des Herrn Farthmann zitieren: "Mit den Bildungspolitikern bin ich einig, daß wir hierüber in Kürze ein gemeinsames Gespräch im kleinen Kreise führen sollen, um alle Möglichkeiten der Lehrerbefähigung auszuloten und um zugleich die Risiken der ohnehin unvermeidbaren Nichteinstellung eines größten Teils der Junglehrer abzuwägen, damit wir von den Reaktionen der Gewerkschaften, der Eltern und der Betroffenen nicht überrascht werden."

Was heißt das denn, meine Damen und Herren? Das heißt, dem Herrn Farthmann geht es nicht primär um die Sache, sondern es geht ihm nur um die Risiken für seine Partei und seine Fraktion bei dieser Angelegenheit. Das ist keine Sachpolitik, sondern das ist bloßes Schielen nach parteipolitischen Mehrheiten und Wahlkampfaktik.

(D)

Diejenigen, die wirklich mehr Lehrer fordern, weil sie gebraucht werden, lieber Herr Farthmann - vielleicht können Sie auch einmal zuhören -

(Henning (SPD): Herr Lehrer!)

können Sie in Zukunft getrost weiter als "Witzbolde" bezeichnen. Mit diesem Wort auf der Pressekonferenz wollten Sie mich treffen. Sie haben aber im Grunde alle diejenigen getroffen, die für die Erteilung des vollen Unterrichts endlich die Voraussetzungen schaffen wollten. Sie haben damit auch die Bildungspolitik Ihrer eigenen Fraktion voll getroffen - damit das klar ist -, nachdem die Bildungspolitik der SPD-Fraktion ins Abseits gestellt worden waren und nachdem der Herr Farthmann selbst vom Finanzminister zurückgepfiffen worden war.

(Reul (CDU))

- (A) Es hat zahlreiche Gespräche mit Lehrerinitiativen, mit Elterninitiativen, mit Schülerinitiativen gegeben. Überall dort hat die SPD die Forderung nach Mehreinstellung und Neueinstellung von Lehrern unterstützt. Die Ergebnisse sehen wir heute, meine Damen und Herren: Absolut keine Bereitschaft, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Nun weiß ich ja, meine Damen und Herren von der SPD, was Sie gleich sagen werden. Sie werden die 600 neuen Lehrerstellen vorbringen, die dank Ihrer hervorragenden Entscheidungskraft hier eingerichtet werden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Aber im Vergleich zu dem, was Herr Frey vor einigen Wochen formuliert hat - das ging auch durch die Zeitungen -, ist es nun äußerst wenig, wenn man sich allein einmal die Zahl anschaut. Damals wurden ja noch 1 800 angekündigt. Davon ist ja nicht mehr viel übriggeblieben. Die Geschichte ist ein ganzes Stück kürzer geworden.

Wichtiger ist mir allerdings, meine Damen und Herren, daß Sie mit dieser Ankündigung von 600 Stellen die Öffentlichkeit in die Irre führen wollen. Denn 450 dieser Stellen sind bereits besetzt; die werden zum 31.07.1986 erst freigeündigt. Damit das auch klar ist: Diese 450 Stellen werden zum 31.07. dieses Jahres freigeündigt. Dann dürfen sich um alle diese 600 Stellen die 4 000 Lehrer bewerben, die zur Zeit mit befristeten Verträgen beschäftigt sind. Das heißt, Sie besetzen damit nicht neue Stellen, sondern Sie setzen Stelleninhaber lediglich um. Das muß man hier einmal klar und deutlich sagen. Eine solch geniale Idee - Umsetzungen als Einstellungen zu erklären -, kann eigentlich nur dem Gehirn eines Finanzministers entspringen. Es ist ja nun wider alle Vernunft in der Bildungspolitik, so etwas den Leuten verkaufen zu wollen.

(Schauerte (CDU): Hexerei!)

Nun kann man sagen, daß Sie das in Ihrer Fraktion selbst auszumachen haben, ob der Finanzminister durch versteckte Rücktrittsdrohungen die Oberhand behält oder nicht. Aber, meine Damen und Herren, was ist das eigentlich für eine Politik, die da betrieben wird, bei der das sachlich Notwendige immer wieder der Wahlkampfstrategie geopfert werden muß? Wir haben volles Verständnis dafür, daß Sie Angst haben, der Finanzminister könnte durch seinen Rücktritt die selbstverschuldete Finanzmisere dieses Landes offenlegen und könnte die mangelnde Regierungsfähigkeit Ihres Kanzlerkandidaten zur Schau stellen.

Für uns als Opposition ist es unfäßbar, daß bei all diesem Gerangel innerhalb der SPD einer im Abseits steht, der eigentlich der Spielführer sein müßte, nämlich der Kultusminister. Wo ist der eigentlich bei dieser Debatte?

(Minister Schwier: Hier!)

- Ja, körperliche Anwesenheit und Durchsetzung von Meinungen sind eben zweierlei! Das ist hier wieder einmal dokumentiert worden.

(Zurufe und Widerspruch von der SPD)

Wir wissen ja, daß dieser Minister, wenn er nicht gerade in Simbabwe, Moskau, Ungarn oder in der DDR zu Besuch ist, alle Hände voll mit der Durchsetzung der Gesamtschule vor Ort und mit dem Kampf um die Anerkennung der Kollegschulabschlüsse zu tun hat. Lassen Sie sich einmal erzählen, was diesbezüglich im Kultusministerium los ist.

Der Herr Kultusminister kann einem eigentlich auch leid tun angesichts der vielen Versäumnisse und Probleme in seinem Hause.

(Dr. Dammeyer (SPD): Keine Krokodilstränen!)

Langsam dämmert es ja wohl auch Ihnen. Überzeugende Politik ist mehr als gute Pressearbeit. Herr Dammeyer hat das schon lange erkannt, er hat das in den Zeitungen auch deutlich formuliert. Wir sind uns an der Stelle einig. Nur sollte man das auch einmal in politisches Handeln umsetzen.

Denn, meine Damen und Herren, überzeugende Bildungspolitik findet in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr statt. Über Schule reden, Herr Schwier, ist das eine. Das können Sie, das ist gar keine Frage. Permanent mit Presseerklärungen. Aber positive Entscheidungen für die Schule zu treffen, nämlich vollen Unterricht zu erteilen, dafür zu sorgen, daß unsere Schüler Unterricht bekommen, so wie er Ihnen qua Vorschriften vorgegeben ist, dafür genügende Lehrer einzustellen, damit wir endlich in der Unterrichtsverteilung mit anderen Bundesländern gleichziehen können, meine Damen und Herren, dafür fehlt Ihnen die politische Kraft.

(Henning (SPD): Müllabfuhr!)

Besonders spannend wird es dann, wenn man sich anschaut, daß die Kultusministerkonferenz einschließlich des Herrn Schwier diesen Einstellungskorridor fordert und einige Wochen später die Ministerpräsidentenkon-

(C)

(D)

(Reul (CDU))

- (A) ferenz - dazu gehört ja auch der Herr Rau - genau das Gegenteil beschließt. Also, Sie sehen, Herr Schwier: Sie haben auch hier schon bei Ihrer obersten Stabsführung überhaupt keine Rückendeckung mehr für Ihre Vorstellungen, in der Fraktion auch nicht mehr; das heißt: nordrhein-westfälische SPD-Politik hat dazu beigetragen, daß Bildungspolitik nicht mehr stattfindet.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir fordern, meine Damen und Herren, mehr Lehrer, und ich möchte auch sagen, warum: weil die Schule mehr Lehrer braucht, braucht zur Beseitigung - -

(Lachen bei der SPD)

- Sehen Sie, da lachen schon wieder Leute der SPD-Fraktion. Die haben immer noch nicht verstanden, was in den Schulen passiert.

Wir brauchen nämlich Lehrer zur Beseitigung des noch bestehenden Unterrichtsausfalls in bestimmten Fächern, wir brauchen sie zur Abdeckung fachspezifischen Ersatzbedarfs. Bei diesen kw-Stellen werden Sie sich noch wundern, welche Probleme wir in den Schulen bekommen werden. Wir brauchen diese neuen Lehrer zur ständigen fachlichen und pädagogischen Erneuerung in der Schule, und wir brauchen sie auch, damit die Lehrerausbildung überhaupt noch einen Sinn behält. Wir brauchen sie auch - meine Damen und Herren, wenn ich einmal an heute morgen erinnern darf, an die Vorkommnisse hier -, damit der Staat durch Erhaltung einer Zukunftsperspektive für junge Lehrer überhaupt noch glaubwürdig bleibt; dafür brauchen wir auch neue Lehrer.

(B)

Meine Damen und Herren, nicht einmal bei der Sonderschule für Lernbehinderte waren Sie von der SPD bereit, unserem Antrag auf Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation zu folgen, obwohl Sie genau wissen, daß es dringend notwendig ist, und Sie das mit Ihren Experten bei Diskussionen auch ständig bestätigt haben. Ihre Bildungspolitiker haben das voll eingesehen; aber das paßt ja mit den Versäumnissen der Landesregierung bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst zusammen. Die Sozialdemokratische Partei versagt ausgerechnet da, wo ihr soziales Gewissen am stärksten schlagen müßte.

(Beifall bei der CDU)

Was kann man eigentlich auch, meine Damen und Herren, von einer Regierungspartei

erwarten, die zwar beim Beschäftigungsförderungsgesetz des Bundes die Möglichkeit von befristeten Verträgen ständig kritisiert, aber mit befristeten Arbeitsverträgen im Lehrerbereich ein Zweiklassenarbeitsrecht schafft?

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Wissen Sie, was mich am meisten erschreckt? Das ist, daß Sie das Problem überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Es ist ja ganz erschreckend, wie in dieser Frage miteinander umgegangen wird. Und wenn ich ehrlich bin und diesen Tag heute habe Revue passieren lassen, dann kann ich nur sagen: Es erschreckt mich allerdings eines noch mehr: was ich heute in der Zeitung gelesen habe. Es hat mich nämlich noch mehr erschreckt, daß der Vorgänger dieses Kultusministers, Herr Girgensohn, das allgemeine Wahlrecht in Südafrika ablehnt und statt dessen ein nach ethnischen Gruppen getrenntes Wahlrecht für richtig hält.

Meine Damen und Herren, das erschreckt mich, und da würde ich sehr gern hören, was Herr Schwier oder Herr Farthmann zu ihrem Vorgänger bzw. Fraktionskollegen Girgensohn meinen. Das ist allerdings etwas, was mich über die Haushaltsdebatten hinaus heute doch sehr nachdenklich gemacht hat und wozu ich sehr gern auch einmal eine Aussage hier im Parlament hören würde.

(Zuruf von der SPD: Dann fragen Sie doch!)

(D)

- Das habe ich ja jetzt getan; die Antwort kann ja gleich gegeben werden.

Wir bleiben bei unserem Antrag, im Lehrerbereich 1 500 Lehrer jährlich neu einzustellen. Und damit uns niemand hier entwischen kann, meine Damen und Herren, und der Bürger draußen im Lande ganz genau weiß, wer das sachlich Notwendige in diesem Hause verhindert hat, werden wir bei diesem Antrag auch eine namentliche Abstimmung herbeiführen, damit das ganz klar ist.

Wenn Ihre Antwort auf das Notwendige der Hinweis auf fehlende Finanzen ist, dann können doch gerade Sie von der SPD-Fraktion sich der Verantwortung dafür überhaupt nicht entziehen. Wer hat denn hier 20 Jahre lang Haushaltspolitik gemacht? Die CDU? Sie haben doch hier 20 Jahre lang das zu verantworten. Deshalb haben Sie es auch zu verantworten, wenn in der Schule in diesem Lande nichts mehr geht. Sie als SPD haben damit zu verantworten, wenn die Zukunftschancen der jungen Generation in unserem Lande verspielt worden sind, und Sie haben zu verantworten,

(Reul (CDU))

- (A) daß unter SPD-Regierungsverantwortung die Bildungspolitik zum Stiefkind der Landespolitik geworden ist.

Jeder, der sich damit beschäftigt, weiß, daß wir eine qualifizierte Ausbildung unserer Kinder benötigen und daß im Mittelpunkt aller Schulpolitik der Schüler stehen muß. Das haben wir als CDU ständig gefordert. Für uns als CDU ist die Qualität des Unterrichts wichtiger als neue Schulform-Diskussionen oder Experimente.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für eine Priorität entschieden: für Priorität der Schule im Lande Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns damit gegen die Flickschusterei der SPD-Politik entschieden. Wir brauchen nämlich keine Flickschusterei in der Schule, sondern wir brauchen langfristige Konzeptionen für die Unterrichtsversorgung. Und darum geht es in den Anträgen der CDU-Landtagsfraktion, die Ihnen heute vorgelegt worden sind.

Wenn Sie auf Tagungen gehen, wenn Sie in Diskussionen hineinkommen, wenn Sie auch solche Stapel von Unterschriftenlisten von Eltern und Schülern bekommen, dann habe ich, meine Damen und Herren, große Probleme, nachzuvollziehen, wieso Sie überhaupt nicht sensibel sind, dieses Problem aufzugreifen und einer Lösung zuzuführen. Ihre Bildungspolitiker waren ja bereit, aber sind dann von den Finanzpolitikern zurückgepfiffen worden.

- (B) Meine Damen und Herren, das zeigt, wo bei Ihnen die Wertigkeit liegt: Die Wertigkeit liegt nicht auf Schule im Lande Nordrhein-Westfalen.

Noch ein Satz zur Schüler-Lehrer-Relation: Diese Schüler-Lehrer-Relation ist unzureichend. Das ist bekannt. Wir haben heute bereits faktisch eine Schüler-Lehrer-Relation, die wesentlich besser ist, und die CDU-Fraktion hat deshalb - Herr Schwier, schön zuhören! - die kostenneutrale Festschreibung dieser faktischen Schüler-Lehrer-Relation vorgeschlagen. Wir wollen nämlich nicht, daß nach der kw-Diskussion, wenn die kw-Stellen alle abgebaut sind, diese Schüler-Lehrer-Relation wieder schlechter wird. Wir wollen zumindest den Status von heute halten, bzw. wir wollen darüber hinaus fachspezifischen Unterrichtsausfall beseitigen. Sie gehen noch weiter: Sie wollen nicht nur die neuen Einstellungen nicht, sondern Sie wollen auch noch die Situation verschlechtern.

Mittelfristig brauchen wir - meine Damen und Herren, das hat unser Antrag im Oktober schon gesagt - eine neue Unterrichtsbedarfs-

berechnung, um vollen Unterricht für die Kinder zu gewährleisten. Mit einer Politik von der Hand in den Mund kann man eben keine Bildungspolitik machen. Und Verwaltung des Mangels ersetzt kein Konzept, meine Damen und Herren! Wir müssen die demographische Entwicklung berücksichtigen, eine neue Bedarfsberechnung in diesem Lande machen und uns unter Umständen auch von dieser Schüler-Lehrer-Relationsberechnung lösen. Herr Schwier hat vor nicht allzu langer Zeit, als er Präsident der KMK wurde, gesagt: "Wenn wir diesen Lehrern trotz höchster Anstrengung und Leistung keine Perspektive bieten, dann ist die Schule am Ende." Diesen Worten von Herrn Schwier ist nichts mehr hinzuzufügen. Die Schule in Nordrhein-Westfalen ist am Ende, und die Verantwortung dafür trägt die Sozialdemokratie dieses Landes.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb fordere ich die SPD-Fraktion auf - aber das kann man fast aufgeben -, zumindest die Bildungspolitiker der SPD-Fraktion, ihre fachliche Kenntnis, ihr Wissen hier zum Tragen zu bringen, eine gemeinsame Bildungsfraktion zu bilden und eine Entscheidung zu treffen, die für die Schule richtig ist, und nicht wider besseres Wissen und Gewissen eine Entscheidung zu treffen, die schulpolitisch, pädagogisch unverantwortlich und falsch ist. Das Angebot der CDU-Fraktion zur Gemeinsamkeit in dieser Frage besteht. Sie brauchen es eigentlich nur noch anzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Herr Trinius für die Fraktion der SPD.

Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Reul, Sie tun uns allen unrecht und den Behinderten keinen Gefallen, wenn Sie sich so über Fragen der Behinderten auslassen, wie Sie das eben getan haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie nützen damit niemandem. Ich sage das, was ich jetzt sage, ohne jeden Vorwurf, aber vielleicht stimmt es Sie zum Nachdenken: Es gibt - wir sind in der Stellenplankommission gerade der Frage der Behinderten ausdrücklich nachgegangen - auch Informationen darüber, wie denn die Mindestquote der Beschäftigung von Behinderten in den einzelnen Bundesländern erfüllt wird. Nordrhein-Westfalen hat folgende Werte: für 1982 6,1 % - das ist also mehr als die ge-

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) forderten 6 % -, 1983 5,9 % und 1984 5,57 %. Damit liegen wir unter der geforderten Quote. Das hat uns alle gemeinsam zu beschäftigen, und das wird es auch tun.

(Schauerte (CDU): Und 1985)

- Herr Schauerte, 1984! Die Werte müssen schon vergleichbar sein. - Man kann dies mit den Werten aus anderen Bundesländern vergleichen. Ich sage dies ohne Vorwurf, aber vielleicht veranlaßt es Sie, darüber nachzudenken: Baden-Württemberg hat eine Quote von 3,9 %,

(Hört, hört! bei der SPD)

Hessen eine Quote von 4,08 %, Bayern eine Quote von 4,17 %. Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Rheinland-Pfalz bilden die Spitzengruppe unter den Flächenländern, aber auch Rheinland-Pfalz kommt dabei nicht über 5,88 % hinaus.

Dies ist Anlaß, in allen Parlamenten darüber nachzudenken, und sollte nicht ein Punkt sein, der hier so nebenher ausgespielt wird. Ich finde das jedenfalls nicht gut.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Trinius (SPD): Ja, bitte.)

- (B) Schauerte (CDU): Herr Kollege, warum muß man hier zwischen Flächenländern und Stadtstaaten unterscheiden? Auch in den Stadtstaaten muß es Polizeibeamte und Lehrer geben. Und warum erwähnen Sie nicht, daß beim Bund die geforderte Quote ebenfalls erreicht ist?

Trinius (SPD): Herr Kollege, bei den Stadtstaaten kann ich nur folgendes sagen: Sie haben es etwas einfacher, weil dort die gesamte übliche Kommunalverwaltung mit in die Rechnung eingeht. Wir haben es schwieriger, weil bei uns z. B. der Innenminister mit der Polizei nur sehr bedingt Behinderte beschäftigen kann. Ich nenne den Innenminister aber gerade deswegen: Er hat in den nachgeordneten Dienststellen fast 5 % und im Innenministerium selbst 9 %. Der Finanzminister hat 10 %. Sie müssen immer danach sehen, wo sich das eigentlich abspielt. Bei den Schulen - damit komme ich auf dieses Kapitel - ist der Anteil außerordentlich gering. Das hängt auch mit der Altersstruktur der Lehrer zusammen.

Ich möchte mich auf ein paar Punkte konzentrieren, die soeben vom Kollegen von der CDU vorgetragen worden sind.

Zunächst zur Ausgangslage 1985/86, dem jetzt laufenden Schuljahr: Wir haben in Nordrhein-Westfalen, und das dürfen Sie nicht verschweigen, im vorigen Schuljahr über 1 000 Neueinstellungen in unbefristete Verträge vorgenommen, davon allein 450 direkt in Beamtenverhältnisse.

Weil noch immer viele, die studieren, sich nicht am Bedarf orientieren, haben wir noch eine zusätzliche Maßnahme ergriffen, nämlich Angebote geschaffen, daß zur Lehrbefähigung in einem allgemeinbildenden Fach eine Zusatzausbildung in einer beruflichen Fachrichtung während der Lehrtätigkeit möglich sein soll. Es ist eine ganz interessante Sache, daß, obwohl überall nachgewiesen wird, daß wir bestimmte berufliche Fachrichtungen an den Schulen brauchen, diese beruflichen Fachrichtungen nicht ausreichend studiert werden; und der Bedarf an den Schulen, auch solcher Bedarf, ist natürlich vorrangig. Davon redet kaum jemand.

Wir haben darüber hinaus 3 200 Neueinstellungen vorgenommen, befristet auf drei Jahre.

(Reul (CDU): Die Verträge sind ein Skandal; fragen Sie einmal Herrn Farthmann!)

Dazu lassen Sie mich folgendes sagen: Die Absicht ist gewesen - das war der Hintergrund -, hier eine Beschäftigungsmöglichkeit für drei Jahre zu eröffnen, weil wir davon ausgingen, daß nach Nachweis einer beruflichen Tätigkeit ein Umsteigen eher möglich ist. Das war der Sinn solcher Verträge. Richtig ist, daß wir nun mehr und mehr erfahren, daß uns die arbeitsrechtliche Schwierigkeit, die dabei besteht, von den Berufsverbänden insgesamt zunehmend zum Vorwurf gemacht wird. Darauf gehen wir ein, und deswegen haben wir beschlossen: Es wird künftig keine neuen befristeten Verträge mehr geben. Aber, wer das beklagt, muß auch sagen: Wir haben im letzten Jahr in einer Größenordnung von über 4 200 Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, davon über 1 000 unbefristet.

(Reul (CDU): Rauschmißverträge!
- Frau Busch (CDU): Und dann ist Schluß!)

Dabei muß man an die gesetzlichen Hintergründe erinnern: zum einen § 78 b und zum anderen § 85 a des Landesbeamtengesetzes. § 78 b besagt, daß Beamte das Recht haben, einen Antrag zu stellen, ihre Arbeitszeit verringern zu lassen. Aus den so gewonnenen Anteilen haben wir beschäftigungswirksame Maßnahmen ergriffen.

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) Aber diese Anträge laufen zu 80 % nur über ein Jahr. In der Hoffnung darauf, daß sie von denen, die sie gestellt haben, verlängert werden, haben wir Dreijahresverträge abgeschlossen. Ich sage dazu: Neue befristete Verträge wird es künftig nicht mehr geben.

Es kommt eine andere wichtige Sache hinzu. § 85 a LBG gibt Bediensteten das Recht, in eine Beurlaubung einzutreten oder eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen, damit sie sich Genesenden, Kindern oder Pflegefällen widmen können.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Trinius (SPD): Ja, ich will gern die notwendigen Aufklärungen geben.)

- Bitte, Herr Abg. Reul!

Reul (CDU): Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie im Gegensatz zu Bildungspolitikern Ihrer Fraktion diese skandalösen Verträge mit Rauschmiß-Klausel, die im letzten Jahr beschlossen worden sind, für eine besondere Errungenschaft der Sozialdemokratie halten?

Trinius (SPD): Nein! Ich habe gesagt, daß wir in einer schwierigen Situation auf dieses in der Tat zweifelhafte Instrument zurückgegriffen haben.

- (B) (Reul (CDU): Nur "zweifelhaft"?)

Und ich habe erklärt, daß es neue befristete Verträge im Schulbereich nicht mehr geben wird. Das habe ich eindeutig erklärt, und das entspricht auch der Beschlußlage meiner Fraktion.

Bei § 85 a LBG - das müssen Sie bedenken - geschieht folgendes: Bisher hat sich der Anteil derer, die einen Antrag auf Beurlaubung wegen Mutterschaft stellten, die Waage mit dem Anteil derer gehalten, die in den Dienst zurückgekehrt sind. Wenn nun Anträge nach § 85 a LBG in Anträge nach § 78 b LBG umgewandelt werden, bedeutet das, daß wir hier schon aus dem Gleichgewicht geraten können. Das muß man sehen. Dieses Haushaltsrisiko liegt in einer solchen Umwandlung von Verträgen - die Größenordnung mag bei 2 000 liegen - und hat sicherlich dazu beigetragen, daß wir in dieser hohen Größenordnung zusätzliche Anstellungsverhältnisse schaffen konnten.

Zur Beschlußlage unserer Fraktion! Erstens: Es wird keine neuen befristeten Verträge

mehr geben. In allen Gesprächen, die ich geführt habe - und ich führe Gespräche mit vielen - ist dies rundum anerkannt worden. (C)

(Dr. Pohl (CDU): Daß es keine mehr gibt?)

Das ist auch eine gute Sache.

Zweitens: Für 308 freie Stellen waren bisher keine Mittel veranschlagt. Der Haushaltsentwurf ist davon ausgegangen, daß an Sonderschulen, Gesamtschulen und Kollegs diese 308 Stellen ausschließlich durch Versetzungen besetzt werden könnten. So sah die Lage nach dem eingebrachten Entwurf aus. Die Beschlußlage unserer Fraktion lautet, daß in einer Größenordnung von 150 hier neue unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn man diese Beschäftigungsmöglichkeiten auf Zwei-Drittel-Basis stellt, ergibt sich eine Größenordnung von 225. Nur die Hälfte dieser Stellen soll durch Versetzungen ausgefüllt werden.

Wir haben ferner beschlossen, daß bis zu der Größenordnung von 300 Stellen, die nach § 78 b LBG frei werden, künftig unbefristete Verträge möglich sein sollen. Aber ich muß hinzufügen: Dies setzt voraus, daß all die Anteile, die wir brauchen, erst einmal für die 3 200 erwirtschaftet werden.

(Reul (CDU): Die mehr frei werden?)

Lassen Sie mich zu Ihrem Antrag noch einige Fragen stellen. Sie verlangen zusätzlich 1 500 Planstellen; das macht ungefähr 100 Millionen DM in einem Jahr. Sie verlangen die Aufhebung sämtlicher Vermerke "künftig wegfallend". (D)

(Abg. Reul (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich muß zum Ende kommen. - Das ist eine Größenordnung von 16 300, bedeutet aber gleichzeitig die Wiedereinrichtung dieser Stellen. Sie vergessen dabei, daß 2 000 dieser Stellen im Laufe dieses Jahres frei werden. Wenn Sie alle kw-Vermerke streichen, könnten Sie 3 500 Einstellungen vornehmen. Das Ganze kostet dann aber nicht mehr 100 Millionen, sondern 230 Millionen DM.

(Reul (CDU): Das ist unfair, wie Sie das rechnen! Das ist falsch!)

- Das ist aber genau das Ergebnis.

(Dautzenberg (CDU): Sagen Sie doch mal den tatsächlichen Abgang der Stellen!)

(Trinius (SPD))

- (A) Und dies geschieht Jahr für Jahr. Sie verlangen die 1 500 Stellen ja zusätzlich und heben sämtliche Vermerke "künftig wegfal-
lend" auf. Dann müssen Sie sich schon fragen, was Sie denn mit den so freiwerdenden Stellen machen wollen. Natürlich wollen Sie sie besetzen; denn sonst müßten Sie ja die kw-Vermerke beibehalten. Das tun Sie aber nicht. Deshalb müssen Sie es sich gefallen lassen, daß das nachgerechnet wird. Das ergibt eine Jahresrechnung von 230 Millionen DM.

Hinzu kommt, daß Sie diese Korridortür Jahr für Jahr öffnen wollen. Das stockt das Ganze Jahr für Jahr um 100 Millionen DM zusätzlich auf

(Widerspruch bei der CDU)

- aber gewiß! -, und wenn Sie alle kw-Vermerke gestrichen haben, dann entsprechend in einer Größenordnung von jährlich 2 000 zusätzlich.

Ich bitte Sie, das, was Sie hier vorschlagen, einmal an der Forderung Ihres Kollegen aus dem Ausschuß für Kommunalpolitik, der heute morgen gesagt hat, Sie forderten die Vorlage eines Entschuldungsprogramms der Landesregierung, zu messen. Fragen Sie sich einmal, ob dies in der Tat ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sein soll. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Trinius (SPD): Eigentlich nicht, ich wollte zum Schluß kommen.)

- Ja oder nein?

(Dr. Worms (CDU): Denken Sie an "Wort und Widerwort"!)

Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

(Trinius (SPD): Also bitte!)

- Herr Abg. Reul, bitte schön!

Reul (CDU): Werden, wenn mehr als 300 Stellen frei werden, wie Sie soeben vorgerechnet haben, die restlichen dann zusätzlich freiwerdenden Stellen vom Finanzminister zur Sanierung des allgemeinen Haushalts in die Tasche gesteckt? Geben Sie mir recht, daß die Rechnung, die Sie über unseren Antrag zur Streichung der kw-Stellen vollzogen haben, mit den gleichzeitig beantragten 1 500 Lehrerstellen gesehen werden muß, die

nämlich in der Umkehrung bedeuten, daß die andere Hälfte der freiwerdenden Stellen eingespart werden soll? Dann nämlich ist Ihre Rechnung absolut falsch. (C)

Trinius (SPD): Sie haben die notwendigen Zusammenhänge zu vielen weiteren Stellen gar nicht hergestellt. Wenn Sie zum Beispiel alle kw-Vermerke streichen, müssen Sie gleichzeitig eine ganze Reihe von Passagen im Haushaltsgesetz ändern. Ich habe den Eindruck, Sie nehmen diesen Antrag gar nicht so ernst. Sonst müßten Sie eine Fülle von Anträgen zur Änderung des Haushaltsgesetzes stellen.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

Das ist der eine Punkt.

Zweitens lassen Sie mich dazu nur sagen: Wenn Sie in dieser Weise weitere Aufgaben des Staates erkennen, dann muß ich Sie bitten, auch auf die Bonner Steuerpolitik einzuwirken; denn zusätzliche Aufgaben - das war vorhin bei der Justiz so, das war bei der Polizei so, und das ist hier bei den Schulen so - kosten Geld.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

Wenn Sie zusätzliche Aufgaben in dieser Größenordnung erkennen, dann müssen Sie auch dafür sorgen, daß der Staat zusätzliche regelmäßige, stetige Einnahmen bekommt. Das paßt nicht zu Ihrer Bonner Steuerpolitik, die einen ganz anderen Weg geht. Das paßt auch nicht zu der Forderung von Stoltenberg, der kürzlich im "Rheinischen Merkur" erklärt hat: Wir brauchen einen Rückzug des Staates; wir brauchen weniger Staat! Sie fordern - darüber kann man ernsthaft sprechen - wirklich mehr an staatlichen Aufgaben. Warum auch nicht? (D)

Im übrigen sind Ihre Anträge die besten Argumente für die Klage, die wir in Karlsruhe zu führen haben. Uns wundert bis heute, weshalb die CDU dem berechtigten Begehren der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Karlsruhe noch nicht politisch zur Seite getreten ist. Uns wundert es immer noch, warum die CDU nicht in der Lage ist, ihren Bonner Kollegen bei der Beratung des Länderfinanzausgleiches und bei der Beratung über Bundesergänzungszuweisungen die besonderen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen deutlich zu machen.

(Zustimmung bei der SPD)

(Trinius (SPD))

- (A) Sie belasten den Landeshaushalt mit Ihren Anträgen, für die mancher viel Verständnis hat.

(Reul (CDU): Das ist zu wenig, handeln!)

Aber Sie tun nichts dafür, auch nur die berechtigten alten Forderungen des Landes Nordrhein-Westfalen politisch bei ihren Freunden zu vertreten. Das ist keine gute Politik.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich darf jetzt Frau Abg. Philipp für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

- (B) Frau Philipp (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über den tosenden Beifall der SPD-Fraktion nach dieser Rede will ich natürlich nichts sagen. Vielleicht zeigt schon deutlich, welche Bedeutung die SPD-Fraktion der Bildungspolitik überhaupt einräumt, daß sie einen Haushalts- bzw. Finanzexperten sprechen läßt, der zur Situation in der Schule nicht nur nichts gesagt hat, sondern wahrscheinlich auch nichts sagen kann. Das muß ich jedenfalls annehmen, da er sich zunächst über die Behindertenmindestquote ausgelassen hat, dann über Paragraphen informiert hat und über Möglichkeiten, die die Landesregierung sich ausgedacht hat, nun die dritte Sorte Lehrer zu schaffen. Wir haben also jetzt den normalen beamteten Lehrer, den befristeten Zweidrittellehrer, und jetzt kriegen wir demnächst die dritte Sorte, das ist die "unbefristete Zweidrittellehrersorte".

Frau Präsidentin, mit bemerkenswerter Offenheit hat der Kultusminister am 8. August 1985 gegenüber der Presse erklärt - ich darf zitieren -:

Für mich ist jeder Fehler immer noch die Quelle einer Erfahrung gewesen, die dann den Erfolg programmiert.

Weiter hat er erklärt:

Auch in Zukunft wird die Lebensqualität eines Kultusministers weitgehend von Schulproblemen geprägt sein.

Meine Damen und Herren, wenn das stimmt, daß für den Kultusminister jeder Fehler immer noch die Quelle einer Erfahrung gewesen ist, die dann Erfolg programmiert, dann müssen wir doch eigentlich eine ungeheuer erfolgreiche Politik im Bereich des Kultusministeriums zu erwarten haben.

(Zustimmung bei der CDU)

- (C) Aber wie sieht denn eigentlich die Realität aus? Zitat aus derselben Pressemitteilung - wörtlich -:

Ich werde mich in diesem Zusammenhang

- gemeint ist die Sorge um die Probleme der Jugend -

auch weiterhin dafür einsetzen, mit unkonventionellen Maßnahmen Einstellungs-möglichkeiten für Lehrer offenzuhalten.

Ich frage Sie heute: Wo sind denn diese unkonventionellen Maßnahmen? Wer nun glaubt, daß sich der Kultusminister diese Meinung aus der Tatsache des ungeheuren Unterrichtsausfalls an den Schulen gebildet habe, der täuscht sich, denn in derselben Presseinformation führt er u. a. dann folgendes aus:

Jede Stunde, die an einer Schule aus den unterschiedlichsten Gründen ausfällt und auch ausfallen muß, wenn jemand krank ist, wird zu einem landesweiten Problem des Unterrichtsausfalls aufgebauscht.

Ich frage Sie: Sind eigentlich 12 000 Wochenstunden aufgebauscht?

(Zustimmung bei der CDU)

- (D) Meine Damen und Herren, die Kette der Zitate unseres Kultusministers ließe sich natürlich beliebig fortsetzen, auch die Fragen, die sich daraus ergeben, ohne daß wir darauf eine entsprechende Antwort erhalten und ohne daß diese Landesregierung überhaupt Lösungen anstrebt.

Nun erklärt ja unser Ministerpräsident landauf, landab - ich persönlich habe das schon dreimal gehört -, wie er Zugang zu den Problemen der Landwirtschaft gefunden hat. Wahrscheinlich ist es Ihnen ähnlich ergangen: Er führt nämlich aus - ich persönlich habe es, wie gesagt, dreimal gehört -, seitdem er Vater eines kleinen Jungen sei, wisse er, wie wichtig ein "Bäuerchen" sei. Nun können wir natürlich daraus die berechtigte Hoffnung ableiten, daß wir in ein paar Jahren die Unterstützung des Ministerpräsidenten bei der Schulpolitik haben werden, wenn er nämlich über seinen dann schulpflichtigen Sohn den Zugang zur Schulpolitik gefunden haben wird und dann weiß, wie es in den Schulen aussieht. Nur diese Jahre wollen wir eben nicht warten, sondern wir wollen heute und jetzt etwas für die Schüler, für die Lehrer und für die Kinder tun und nicht erst dann, wenn der Ministerpräsident einen schulpflichtigen

(Frau Philipp (CDU))

- (A) Sohn hat und dann ähnlich wie bei der Landwirtschaft die Probleme kennengelernt hat.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Dafür hat er zu spät angefangen.)

Aus diesem Grunde haben wir auch in diesem Jahr wiederholt - und auch schon, bevor er Vater war - diese Anträge gestellt, weiter Lehrer einzustellen.

Nun habe ich schon darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident sehr lernfähig ist, wie er selbst ausgeführt hat, und wir denken, daß wir uns also ein wenig an der Regierungserklärung orientieren dürften. Dort finden sich nämlich Sätze, die zeigen, daß der Ministerpräsident die Probleme sehr wohl kennt. Allerdings fehlen Lösungen, und die von uns beantragten und die sich anbietenden werden nicht aufgegriffen.

Ich will ein Beispiel bringen. Wir finden in der Regierungserklärung zum Beispiel den Satz:

Nicht weniger wichtig als Geld ist die Frage, wie wir mit unseren Kindern umgehen.

Diesen Satz kann man natürlich unterstreichen. Aber wie wird denn mit unseren Kindern überhaupt umgegangen? Wie wird denn in den Kindergärten mit unseren Kindern umgegangen? 117 Millionen Antragstau haben wir. Wie wird denn in den Schulen mit unseren Kindern umgegangen? Unterrichtsausfall, das sind die Realitäten, die aber natürlich weder in der Regierungserklärung noch etwa in der Auslegung des Haushalts aufgegriffen oder einer Lösung zugeführt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Nächstes Zitat:

Wir möchten bei uns in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus einen Geist verbreiten, der Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Solidarität zusammenbringt.

Herr Ministerpräsident - nun ist er nicht da! -, gilt das eigentlich nicht in besonderem Maße für den Bereich der Schule? Wo bleibt denn zum Beispiel die Solidarität, wenn es darum geht, im Lernbehindertenbereich wirkliche Verbesserungen für die Benachteiligten durchzusetzen - wo bleibt da die Solidarität?!

(Beifall bei der CDU)

Und wie ernst ist es eigentlich dem Ministerpräsidenten mit seinen Darlegungen in der Regierungserklärung, wenn er folgendes ausspricht:

Ich weiß sehr wohl, daß wir besondere Verantwortung tragen für jene, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Ich weiß aber auch, wir tragen Verantwortung für jene, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst suchen.

Wie ernst ist es eigentlich dieser Landesregierung und diesem Ministerpräsidenten mit dieser Aussage, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Die zitierten Aussagen liegen noch nicht ein Jahr zurück. - Nun könnte man natürlich sagen: Problem erkannt! - Insofern stimmen wir überein. Aber die CDU bietet heute ja mit ihrem Antrag eine Lösung an. Nun hätte tatsächlich die SPD-Fraktion die Möglichkeit, nicht nur den Mund zu spitzen, sondern auch zu pfeifen. Ich würde doch glauben, vor allem nachdem der Herr Fraktionsvorsitzende der SPD für nur 100 Lehrer weniger eingetreten ist, über diese Stellenzahl hätten wir mit uns reden lassen. 1 400 Lehrer hat Herr Frey noch am 13. Februar vor ca. hundert arbeitslosen Lehrern als mögliche Einstellungsquote angedeutet. Dabei befand ich mich in einer ganz seltsamen Situation, meine Damen und Herren. Denn ich habe zum ersten Mal einem SPD-Mitglied Stimmen gewünscht - nämlich die Stimmen aus der eigenen Fraktion und aus dem eigenen Arbeitskreis! Und nun hat er sie nicht gekriegt!

(Zustimmung bei der CDU - Frey (SPD): Wenn das man stimmt!)

Selbst unser Herr Ministerpräsident scheint zu denen zu gehören, die die Notwendigkeit dieser Einstellungen nicht einsehen, obwohl er im Juni ebenfalls folgendes ausgeführt hat - ich zitiere -:

Arbeitslosigkeit gefährdet die materielle Existenz vieler. Sie gefährdet die soziale Existenz der Betroffenen und ihrer Familien; sie nimmt vielen ihr Selbstwertgefühl.

Herr Ministerpräsident, das gilt aber nicht nur für Arbeitslose, für die Sie ja immer die Bonner Koalition verantwortlich machen, das gilt auch für arbeitslose Lehrer, für die die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich tatkräftig einsetzen könnte.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

(Frau Philipp (CDU))

(A) Meine Damen und Herren, das Problem nur zu erkennen, reicht nicht aus; es muß eben auch gelöst werden. Dabei wäre der Antrag unserer Fraktion wirklich hilfreich. Erklärungen haben wir in vielen Bereichen. Daß dies so ist, hat auch Herr Dr. Dammeyer noch im September bestätigt; er hat erklärt - Zitat -, daß die SPD in den letzten Jahren immer wieder erklärt habe, daß mehr Lehrer gebraucht würden, als gegenwärtig beschäftigt würden, und bei dieser Aussage bleibe.

(Dr. Dammeyer (SPD): So ist es ja auch!)

Jetzt können Sie ja aus dem Stadium des Erklärens herauskommen, indem Sie unserem Antrag zustimmen - und darum bitten wir Sie!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat nun Herr Abg. Dr. Dammeyer von der Fraktion der SPD.

(Nagel (CDU): Darf der heute überhaupt reden? - Weiterer Zuruf von der CDU: Der kann sich auch nicht durchsetzen.)

(B) Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abweichend von der Vorlage der Landesregierung für diesen Haushalt, werden die vor drei Jahren erwirtschafteten Arbeitsplätze, die aus § 78 b LBG gewonnen worden sind, in diesem Jahr in Dauerverträge umgewandelt. In den Schulformen, bei denen keine kw-Vermerke vorhanden sind, werden die entsprechenden Lücken nicht nur durch Versetzungen - was zahlenmäßig aus dem Berg der kw-Stellen unzweifelhaft möglich ist -, sondern auch durch Einstellungen geschlossen. Auf diese Weise werden 675 Lehrer im Lande Nordrhein-Westfalen eingestellt - über die Entscheidung hinaus, die schon mit der Vorlage des Haushalts vorgesehen war.

(Schauerte CDU): Roßtäuscherei!)

Meine Damen und Herren, hier wurde der Eindruck erweckt, als ob für den Bildungsbereich so gut wie nichts getan würde.

(Zurufe von der CDU: Ja, richtig! - Zustimmung bei der CDU)

Ich darf noch einmal daran erinnern - - ach, ausgerechnet der Herr Schauerte ruft da, ausgerechnet der Herr Schauerte, der sonst immer sagt, daß man gefälligst Einsparungen

vorsehen soll. Das finde ich aber wirklich toll! (C)

(Reul (CDU): Ja, hätten Sie doch auch solche Finanzpolitiker! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

- Da kommen auf einmal die Biedermänner heraus, die sich vorher schon als Feuerwehrleute gezeigt haben!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das war aber unqualifiziert! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Landeshaushalt von 65 Milliarden DM ist der größte Etat derjenige des Kultusministers. Dieser Etat wird fast vollständig für Lehrergehälter aufgewandt.

(Nagel (CDU): Ja, einschließlich Zinsen! - Reul (CDU): Nun, ärgert Sie das denn? - Weitere Zurufe)

Das macht über 12 Milliarden DM, und das ist beileibe keine Kleinigkeit!

Frau Philipp hat eben - ein bißchen süffisant, meine ich - darauf rekurriert - ich wiederhole es - was ich hier schon gesagt habe: Die Schüler-Lehrerstellen-Relation ist kein Maßstab für einen realen Lehrerberuf und ist es nie gewesen. In den Zeiten, in denen wir die Schüler-Lehrerstellen-Relation verbessert haben, haben wir sie in völliger Übereinstimmung untereinander jeweils in dem Maße verbessert, wie ausgebildete Lehrer vorhanden waren. Die vorhandenen ausgebildeten Lehrer haben wir in Prozentpunkte umgerechnet und auf diese Weise die jeweilige Schüler-Lehrerstellen-Relation verbessert. (D)

Mittlerweile haben wir über die Schüler-Lehrerstellen-Relation von 1980 hinaus - was ja wohl ein Ausdruck für pädagogische Qualität ist - eine große Zahl von Lehrern mehr in unseren Schulen, die ganz selbstverständlich Unterricht erteilen. Die pädagogische Qualität unserer Schulen ist also erkennbar deutlich besser, als sie im Jahre 1980 war, als sie nach der Schüler-Lehrerstellen-Relation sein könnte, sein müßte, sein würde - welchen Konjunktiv auch immer man dafür nehmen mag.

Nun gibt es keinen Zweifel: Wir haben - auch unter Berücksichtigung der diversen unterschiedlichen Gesichtspunkte - mehr Lehrer nötig, als wir in unseren Schulen gegenwärtig beschäftigen. Daran beißt die Maus keinen Faden ab. - Dieses sagte auch unser Frak-

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) tionsvorsitzender Friedhelm Farthmann heute morgen. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Das haben wir nicht nur hier wiederholt gesagt - ich bei früherer Gelegenheit, wie Frau Philipp freundlicherweise eben zitierte, Herr Farthmann heute morgen schon, um das heute gleichfalls richtig einzuläuten, bei vielen anderen Gelegenheiten genauso. Und darüber haben wir auch im Zuge dieser Haushaltsberatung in kleinen Kreisen und im großen Kreis beraten.

Meine Damen und Herren, zu diesem Satz gehört freilich auch die Bemerkung, daß man nicht nur Lehrer nötig hat, sondern daß Lehrer auch bezahlt werden müssen. Alle Gehälter im öffentlichen Dienst müssen erst anderswo verdient werden - alle im öffentlichen Dienst gezahlten Gehälter! -

(Zurufe von der CDU)

und erst als Steuereinnahmen in die Staatskasse kommen, ehe sie als Gehälter ausgegeben werden, es sei denn, man spreche einer massiven Erhöhung der Verschuldung das Wort. Das will offenbar Herr Schauerte, und deshalb möchte er fragen, Herr Präsident.

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

(Dr. Dammeyer (SPD): Ja.)

(B)

- Bitte!

Schauerte (CDU): Herr Kollege Dr. Dammeyer, würden Sie diese Aussage, daß alle Stellen im öffentlichen Dienst zunächst verdient werden müssen, auch für die Stellenvermehrungen beim Ministerpräsidenten akzeptieren?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Schauerte, ich weiß überhaupt nicht, warum Sie darauf zu sprechen kommen. Ich habe gesagt: Alle im öffentlichen Dienst gezahlten Gehälter müssen erst anderswo verdient werden, damit der Staat über die entsprechenden Steuereinnahmen verfügt, um das ausgeben zu können, es sei denn, man erhöhe die Verschuldung.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie das wollen. Ich habe das auch schon früher gesagt. Ich weiß nicht, ob Sie da nicht hingehört haben. Aber

gesagt habe ich das - auch hier an diesem Pult - wiederholt. (C)

(Zurufe von der CDU: Erst seit einem Jahr! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben genau über diesen Punkt in der Fraktion beraten, und wir haben den Weg verworfen, daß darüber eine weitere Verschuldung in Kauf genommen werden könnte. Immerhin sehen die Anträge der CDU in der Drucksache 10/797 in diesem Jahr 31,2 Millionen DM vor und ab dem nächsten Jahr jährlich 90 Millionen DM, die dazukommen sollen. Das ist, mit Verlaub, alles keine Kleinigkeit.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Reul zu?

(Dr. Dammeyer (SPD): Ja, aber gern!)

Reul (CDU): Herr Dr. Dammeyer, Sie haben auf der Landestagung des VBE damals formuliert, daß es in Ihrer Fraktion um die Entscheidung geht, ob das Geschäft einer Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schüler ausgetragen werde oder ob die SPD-Fraktion neue Akzente in der Lehrerbedarfspolitik und bei der Unterrichtsversorgung setzen werde. Darf ich Sie fragen, ob es richtig ist, wenn ich annehme, daß diese Entscheidung dann in die Richtung gegangen ist, die Landesfinanzen auf dem Rücken der Schüler zu sanieren?

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Reul, über diese und viele andere Fragen haben wir in der Fraktion und in den Arbeitskreisen sehr ausführlich beraten, und wir haben bei diesen Gelegenheiten auch gegeneinander abzuwägen gehabt, wie die Hergabe von mehr Geld für diesen und für andere Politiksektoren sich mit der Absicht verträgt, eine Stabilisierung unseres Haushalts zustande zu bringen oder jedenfalls eine weitere Destabilisierung zu vermeiden. In diesem Punkt haben wir Entscheidungen getroffen, und an diese Entscheidungen halten wir uns. Die massiven Ausgabesteigerungen, die von Ihrer Seite dafür vorgesehen sind, tragen wir, was diesen Teil angeht, nicht mit. (D)

Nun haben Sie noch den weiteren Antrag eingebracht, die kw-Vermerke wegfallen zu lassen. Im einschlägigen Ausschuß erzählten Sie uns dann auch noch, das koste nichts. Diese Bemerkung, das koste nichts, hat den Wahrheitsgehalt der Emser Depesche, nämlich keinen. Würde man das machen, würde das schon in diesem Jahr eine Beförderungswelle bewirken. Das ist gewissermaßen ein Programm zum Feiern eines Landesbeförderungsta-

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) ges im Lehrerbereich. Ich kann das nicht billigen. Ich kann überhaupt nicht einsehen, daß durch die Vermehrung der Planstellen gleichzeitig auch - entsprechend den Stellenplanobergrenzen-Bedingungen - weitere Beförderungsstellen eingeführt werden. Das ist nicht nur: "Das kostet nichts"; das kostet eine ganze Menge, und für alle folgenden Jahre ist mit diesem simplen Satz eine Automatik beabsichtigt, die zu unkalkulierbaren Einstellungen führt. Und auch dieses kostet Geld. Ich sage ausdrücklich: Wir brauchen mehr Lehrer. Aber selbstverständlich muß man sich dann auch über die Ausgaben, die dafür zu vertreten sind, klar sein. Das sind Sie offenbar nicht.

Nun will ich freilich auch hinzufügen, daß wir keineswegs damit zufrieden sein können, daß es über die Schüler-Lehrerstellen-Relation hinaus, die wir seit 1980 konstant gehalten haben, einen so großen kw-Berg gibt. Wir wollen, daß ein großer Teil, ein harter Kern - wie er sein wird, muß noch beraten, festgelegt, ausgehandelt werden -, in förmliche Planstellen umgewandelt wird, ob in der Schüler-Lehrerstellen-Relation oder in der Ausweisung besonderer Relationen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie - -

(Dr. Dammeyer (SPD): Darf ich den Satz zu Ende führen, Herr Präsident? Dann sofort!)

- (B) - Ja, natürlich.

Dr. Dammeyer (SPD): Über diesen Punkt werden wir uns bei der jährlich anstehenden Rechtsverordnung zu § 5 des Schulfinanzgesetzes noch einmal zu unterhalten haben. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, uns für diese Operation brauchbare Materialien zu liefern. Wir erwarten die einschlägige Vorlage und sind dann selbstverständlich gern bereit, über die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, auch mit allen anderen zu reden, wie sich das gehört.

So, bitte schön!

Reul (CDU): Herr Dr. Dammeyer, Sie wissen aus den Ausschußberatungen, daß gerade bei den Beförderungsstellen der Lehrerbereich in der Vergangenheit im Vergleich zu allen anderen Bereichen des Haushalts überproportional gespart hat. Dann finde ich die Aussage, die Sie gerade gemacht haben, doch äußerst problematisch.

(Zurufe von der SPD: Fragen!)

Ich frage deshalb - - Entschuldigung, ich hätte sonst den Dreh nicht mehr bekommen. Ich hatte mich schon lange gemeldet. (C)

Ich möchte deshalb fragen, ob Sie auf der Grundlage dieses Wissens jetzt wirklich noch ehrlich und überzeugt sagen können, daß die Entscheidung richtig ist, auf Kosten der Schüler im Lehrerbereich auch künftig noch zu sparen, oder ob es nicht richtiger wäre, hier jetzt nicht nur zu reden, sondern auch einen Akzent zu setzen und unserem Antrag zuzustimmen.

Dr. Dammeyer (SPD): Es ist unzweifelhaft wahr, daß im Unterschied zu allen anderen Bereichen der Landesverwaltung im Lehrerbereich die Beförderungsstellen zusammengestrichen worden sind, fast 1900 allein bei den A 15-Stellen und eine ähnliche Zahl bei den A 14-Stellen. Die entsprechende Zahl für die ganze übrige Landesverwaltung liegt bei weit unter 1000. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß der Schulbereich etwa die Hälfte der Landesbediensteten zählt, ist dies eine deutliche Unproportionalität. Es ist wahr, daß in diesem Bereich erhebliche Sparleistungen erbracht worden sind. Freilich ist ebenso wahr, daß in diesem Bereich auch ständig weitere Ausgaben angefallen sind, weil wir auch ständig weiter Lehrer eingestellt haben, Jahr für Jahr, bis zu diesem Jahr, und jetzt tun wir es ja auch.

Meine Damen und Herren, Sie haben aber auch Anspruch auf Antwort auf eine Bemerkung, die Herr Kollege Reul hier gemacht hat: man solle da doch endlich zu einer Bildungsfraktion kommen. Das finde ich eine sehr schöne Formel. (D)

(Zuruf von der SPD: Glatteis!)

Ich könnte dazu auch gern ja sagen, wenn es denn auch eine Finanzfraktion gäbe.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer Ausgaben fordert, muß sich auch um das Aufbringen der entsprechenden Gelder kümmern. Ich mache nicht die Arbeitsteilung mit, daß diejenigen, die aus fachspezifischen Einsichten höhere Ausgaben fordern, dieses gemeinsam tun und andererseits andere Leute im Lande herumspringen und von einem verantwortungslosen Anwachsen der Verschuldung schwadronieren können.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn es denn tatsächlich einen Pakt gäbe, der auf eine gemeinsame geordnete Entwick-

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) lung der öffentlichen Aufwendungen und darauf abzielt, das mit den entsprechenden Ausgaben zu verbinden, meine Damen und Herren, würde dem niemand widersprechen können. Sie haben etwas Entsprechendes heute morgen von Friedhelm Farthmann gehört. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß man das tun könnte.

Freilich, in der CDU sind offenbar beide Fraktionen, die Sie uns vorhalten, vorhanden, und zwar mit durchaus entgegengesetzten Positionen, die einen, die mehr Ausgaben fordern, und die anderen, die die Ausgaben zurückdrängen wollen. Offensichtlich dürfen bei Ihnen beide beides sagen. Das aber ist, mit Verlaub, unseriös - unseriös von Anfang bis Ende.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Riemer: Herr Abgeordneter, Frau Philipp hat den Wunsch, eine Zwischenfrage an Sie zu stellen.

(Dr. Dammeyer (SPD): Bitte sehr, auch das noch!)

Frau Philipp (CDU): Ich habe etwas für Arbeitsteilung übrig, aber wir haben sie in diesem Fall nicht notwendig. Herr Dr. Dammeyer, uns ist im Ausschuß gesagt worden: 3 000 Lehrer scheiden jedes Jahr aus. Wenn unserem Antrag gefolgt wird und 1 500 Lehrer eingestellt werden: Was geschieht dann mit den Einsparungen der ausgeschiedenen 1 500 Lehrer? Das läßt sich ja in Mark und Pfennigen rechnen!

(B)

Dr. Dammeyer (SPD): Ich weiß gar nicht, wieso das Einsparungen bringen soll. Jeder ausscheidende Lehrer erhält doch seine Pension. Oder wollen Sie die streichen? Bis zum Jahre 1845 gab es eine Lösung, die Ihnen offenbar vorschwebt: daß jeweils dann, wenn ein Schulleiter ausschied, der neue dessen Bezüge zu zahlen hatte und von seinem Gehalt abgezogen bekam. Ich glaube nicht, daß man zu solchen Verhältnissen zurückkehren könnte.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Philipp (CDU): Das meinen Sie doch nicht ernst!)

Was aber eine sogenannte Bildungsfraktion angeht, denke ich, muß man auch auf die inhaltlichen Aspekte zu sprechen kommen. Das will ich wenigstens in den verbleibenden drei Minuten tun.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch nicht, so zu tun, als könnte man bei

den Ausgaben gemeinsame Sache machen, aber sich bei den inhaltlichen Fragen der Bildungspolitik fröhlich weiterzubeharcken. Wo, meine Damen und Herren, geben Sie endlich Ihre Einwände gegen integrierte Schulsysteme auf? (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Wo geben Sie den Widerstand gegen die Errichtung von Gesamtschulen auf, wenn ein ausreichender Elternwille vorhanden ist? Wo, meine Damen und Herren, ist Ihre Bereitschaft, die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung ernst zu nehmen und das System, das wir entwickelt haben, nun auch weiterzuentwickeln?

(Zustimmung bei der SPD)

Wo, meine Damen und Herren, ist Ihre Verantwortung für nordrhein-westfälische Schüler, die hier Examen machen und in anderen Bundesländern unter Ihrer Komplizenschaft mit der Nichtzulassung zum Studium bedroht werden?

(Zustimmung bei der SPD - Reul (CDU): Das ist ja ungeheuerlich!)

- Herr Reul, Ihnen persönlich glaube ich gern, daß Sie mit dafür eintreten, daß nordrhein-westfälische Schüler nicht anderswo kujoniert werden.

(Reul (CDU): Wer hat denn da geschlampt?) (D)

Aber das Eintreten der CDU dafür fehlt mir. Das, meine Damen und Herren, gehört mit dazu. Dies sind auch inhaltliche Positionen.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Sie können nicht pausenlos mit einzelnen Lehrerverbänden gemeinsame Erklärungen gegen die Kollegschaften und gegen deren Anerkennung abgeben und dann so tun, als wären Sie mit uns ein Herz und eine Seele. Meine Damen und Herren, deshalb müssen erst einmal inhaltliche Übereinstimmungen reklamiert werden, ehe man zur Übereinstimmung kommt.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb bleibt uns aus inhaltlichen Gründen gar nichts anderes übrig, als so zu verfahren, wie wir in der Fraktion beschlossen haben, nämlich Ihre Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Frau Matthäus von der Fraktion der CDU.

(Wortmeldung des Abg. Reul (CDU))

- Vielleicht erledigen sich die Zwischenfragen, die geschäftsordnungsmäßig nicht mehr untergebracht werden können.

(Dr. Worms (CDU): Eine Erklärung zur Sache!)

- Ja, gut, eine Erklärung zur Sache.

Reul (CDU): Ich bedaure es außerordentlich, daß Begriffe wie "Komplizenschaft" in diesem Zusammenhang fallen.

(Zustimmung bei der CDU)

Verantwortlich für die Diskussion um die Kollegscheule ist die Schlamperei im Kultusministerium - und nichts anderes.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich bin davon ausgegangen, daß es sich um eine Erklärung handelt, die die Person selbst betraf. Aber ich glaube, daß wir das alle trotzdem ertragen können.

Frau Matthäus von der Fraktion der CDU!

(B) Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Worte zum Thema Weiterbildung sagen. - "Nordrhein-Westfalen hat das beste Weiterbildungsgesetz im ganzen Bundesgebiet!"

(Beifall bei der SPD)

Das mag sehr wohl sein. Die Frage ist nur: Was hat die Landesregierung aus diesem Weiterbildungsgesetz gemacht?

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Die Mittel für die Landesverbände betragen im Jahre 1980 für den Verband der Volkshochschulen noch 400 000 DM und für die beiden Verbände für die katholische und evangelische Weiterbildung je 125 000 DM. Der Zuschuß für den Verband der Volkshochschule wurde auf 240 000 DM gekürzt - und je 50 000 DM für die Landesarbeitsgemeinschaften der katholischen und evangelischen Erwachsenenbildung.

Die Aufgaben allerdings sind nicht weniger geworden. Unsere Ansprüche an die Landesverbände sind gestiegen. Wir erwarten, daß Weiterbildner auf neue Technologie vorbereitet

werden. Wir erwarten, daß Programme für Arbeitnehmerweiterbildung vorbereitet und koordiniert werden. Wir erwarten, daß arbeitslose Lehrer, die in der Weiterbildung beschäftigt werden, auf ihre Arbeit mit Erwachsenen vorbereitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten, daß der Unterricht in der Weiterbildung stets auf aktuellem Stand ist.

Mit welchen Mitteln sollen Landesinstitute solche Dinge erreichen? Die Landesorganisation für andere Weiterbildung erhält einen jährlichen Zuschuß von 30 000 DM. Mit diesem Zuschuß kann man nicht einmal eine Bürokratie bezahlen.

Die meisten Einrichtungen in diesem Verband sind seit 1983 gegründet worden. Alle Einrichtungen aber, die seit 1983 anerkannt sind, erhalten keinerlei finanzielle Zuwendungen. Das heißt, die Landesregierung anerkennt, aber die Anerkennung hat überhaupt keinen Sinn für die Einrichtung.

Solche nicht geförderten Einrichtungen können natürlich auch keinen Beitrag zu irgendeinem Landesverband leisten. Aber gerade bei neu gegründeten Weiterbildungseinrichtungen ist die Arbeit eines Landesverbandes besonders wichtig, zumal die meisten dieser Einrichtungen mit nur einer Kraft arbeiten.

Für Weiterbildungseinrichtungen, die vor 1980 gegründet wurden, gibt es eine Stellengarantie für hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter. Zwar war schon vor elf Jahren, als das Gesetz verabschiedet wurde, klar, daß der Ansatz von 50 000 DM für einen hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter in den Volkshochschulen und von 30 000 DM für einen solchen bei anderen Trägern zu kurz gegriffen war. Es hat bis heute keine Anhebung dieses Betrages gegeben. Die Träger von Weiterbildung hoffen trotzdem von Jahr zu Jahr, daß die Stellengarantie und die Personalkostenpauschale wenigstens gehalten werden, auch wenn jeder Träger eine enorme Summe für alle fest angestellten Kräfte drauflegen muß.

Die Förderung der Weiterbildung ist um ca. 60 % zurückgegangen. Im Durchschnitt des Landes können wir davon ausgehen, daß die Mittel wieder gedrittelt werden. Das heißt, Land, Kommune und eigene Einnahme machen je ein Drittel aus. Damit sind wir im Grunde wieder zu den Zuschußbeiträgen von vor 1975 zurückgekommen. Damals allerdings handelte es sich um Pauschalbeträge mit weniger Bürokratie, weniger Aufwand. Daß sich dabei

(C)

(D)

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) manche Kommunen und manche Träger anderer Weiterbildung fragen, warum sie sich dann so weitgehende Bevormundungen des Landes gefallen lassen sollen, ist sicherlich nur allzu verständlich.

Die Kürzungen haben bewirkt, daß der Unterricht in Weiterbildungseinrichtungen weitgehend verschult ist, daß die Bereiche der kreativen und personenbezogenen Bildung viel zu kurz kommen, und das heißt, daß es kaum noch Vor- und Nachbereitung von Kulturveranstaltungen gibt, ganz abgesehen davon, daß kulturelle Veranstaltungen selbst kaum noch angedacht werden können. Wissen Sie nicht, daß für viele, die langfristig arbeitslos sind, die auch wissen, daß sie auf lange Zeit keine Arbeit finden werden, das Selbstwertgefühl durch Erfolgserlebnisse im Bereich der Kreativität ganz erheblich gesteigert werden könnte?

Alle Weiterbildungseinrichtungen geben sehr viel mehr Kurse, förderungsfähige Unterrichtsstunden und Teilnehmertage, als tatsächlich vom Land gefördert werden, vielleicht auch gefördert werden können. Trotzdem fließen Mittel in Höhe von 2 bis 2,3 Millionen DM in den Haushalt zurück. Trotzdem werden Mittel für andere Träger im Jahre 1986 um rund 3 Millionen DM gekürzt, weil sie angeblich nicht abfließen, nicht gebraucht werden.

- (B) Die Pauschalen für Unterrichtsstunden und Teilnehmertage sind gekürzt worden. Das hat zur Folge, daß die Dozenten, das heißt das lehrende Personal an den Weiterbildungseinrichtungen, seit elf Jahren keine Tarifierhöhungen erhalten haben. Früher wurde der Unterricht weitgehend von solchen Bürgern erteilt, die irgendwo anders ihre feste Anstellung hatten und diesen Unterricht in ihrer Freizeit gegeben haben. Dann war die Finanzierung über die Mittel, die auch heute zur Verfügung stehen, durchaus machbar.

Aber das war einmal. Heute wird keine Nebentätigkeitsgenehmigung mehr erteilt. Das sieht bei dem einen oder anderen Regierungspräsidenten etwas anders aus. Aber im Grunde wird heute keine Nebentätigkeitsgenehmigung mehr erteilt. Und das haben wir so gewollt. Wir haben alle Weiterbildungseinrichtungen aufgefordert, Arbeitslose zu beschäftigen. Es gibt Einrichtungen, die mit 80 % Arbeitslosen arbeiten. Ich wiederhole das hier so deutlich, um darauf hinzuweisen, was es heißt, wenn die Vergütungssätze seit 1975 nicht erhöht, teilweise sogar nach 1981 gekürzt worden sind. Was eigentlich würden wir alle sagen, wenn ähnliches in der Industrie oder in der Verwaltung geschähe? Können Sie sich die

Demonstrationen vorstellen, die das auslösen würde? Können Sie sich vielleicht auch vorstellen, wieviele von uns an solchen Demonstrationen teilnehmen? (C)

Aber das soziale Mißverhalten, das wir alle, wenn auch zum Teil mit schlechtem Gewissen, dulden, wird noch viel größer, wenn wir bedenken, daß diese Arbeitslosen von ihren Arbeitgebern nur genau mit der Stundenzahl beschäftigt werden, die es ermöglicht, keine Versicherung, keinerlei soziale Absicherung zu bezahlen. Ich wage nicht, mir vorzustellen, wie wir alle reagierten, wenn Mittelstand oder Industrie es wagten, solche Verträge anzubieten.

Die CDU hat, um diese soziale Ungerechtigkeit abzubauen, den Antrag gestellt, 300 halbe Stellen zu schaffen, die vom Land und den Trägern je zur Hälfte, das heißt je mit rund 15 000 DM, zu tragen wären. Damit wären Arbeitslose für 18 Monate versichert, müßten nicht vor jeder Krankheit zittern, weil schon der Ausfall einer Stunde sie ihren Job kosten kann.

Ich halte es für sehr schlimm, daß im Kabinett über solche oder ähnliche Lösungen der Probleme nicht nachgedacht wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo bleibt das soziale Gewissen der Landesregierung?

Sie, Herr Minister Schwier, haben anlässlich der Stendener Weiterbildungskonferenz ein volles Ja zur gesellschaftlichen Notwendigkeit lebenslangen Lernens gesagt. Sie haben dann wörtlich ausgeführt: "Aufgrund der Bedeutung der Weiterbildung kann und will sich das Land auf keinen Fall aus der Ordnung und Förderung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen herausziehen." Wir meinen, daß dazu ein größeres Engagement als bisher gehört. Wir fordern, daß es nicht nur bei einer Reglementierung und Verwaltung durch das Land bleibt. Zu einem Engagement gehört auch eine wirkliche Förderung, ein Kennen und Aufgreifen der Probleme, Hilfe für die, die sich allein nicht helfen können. (D)

Sonst müssen Sie den Mut haben, zu der Pauschalfinanzierung von vor 1975 zurückzukommen, denn das Arbeiten ist den Trägern von Weiterbildung durch das Weiterbildungsgesetz nicht leichter geworden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen mitzuteilen, daß die

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Fraktionen vereinbart haben, daß heute keine Abstimmungen mehr stattfinden, daß die Abstimmungen morgen stattfinden, aber die Beratung der Einzelpläne 05 und 06 wird heute noch durchgeführt.

Das Wort hat Herr Abg. Frey von der Fraktion der SPD.

(Hardt (CDU): Jetzt gehen alle nach Hause!)

Frey (SPD): Wenn Sie jetzt alle nach Hause gehen, bin ich böse!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition kann selbstverständlich eine Menge fordern; das ist auch ihr gutes Recht. Aber eines ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, daß gerade der Haushalt 05 in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen bildungspolitisch Wünschbarem - in Teilbereichen sogar Notwendigem - und finanzpolitisch Machbarem steht. Dennoch ist es der SPD-Fraktion gelungen, Schwerpunkte zu setzen, die sich vom Entwurf der Landesregierung abheben. Ich will noch einmal ganz kurz wiederholen, was gerade zu dem schwierigen Bereich, dem gesamten Einstellungssektor, zu sagen ist. Statt der vorgesehenen Einstellungsquote Null - es war nicht von neuen Stellen die Rede, sondern überhaupt von Einstellungsquoten - werden für 1986 mindestens 675 Einstellungsmöglichkeiten geschaffen.

- (B) (Zuruf des Abg. Reul (CDU))

- Herr Reul, ich komme gleich noch auf Sie zurück.

Dabei handelt es sich um 150 neue Stellen, die bei Zweidrittelbesetzung zu 225 Einstellungsmöglichkeiten führen, und um 450 Zweidrittelstellen, die aus 300 zurückkommenden Stellen nach § 78 b LBG gebildet werden.

Entscheidend wichtig ist dabei die Entfristungsregelung, die hier sehr deutlich hervorgehoben wurde. Die Befristungsregelung ist zu Recht angegriffen worden, und wir haben daraus die Konsequenzen gezogen, daß wir entfristen wollen und entfristen müssen. Diese Aktion wird nicht nur in diesem Jahr durchgeführt werden. Sie wird in 1987 bei weiteren 500 Stellen fortgesetzt werden. Sie wird auch 1988 fortgesetzt werden, um möglichst vielen jetzigen Stelleninhabern mit befristeten Verträgen eine Dauerbeschäftigung zu bieten.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

(C) - Ich rede jetzt von der Entfristung, zu dem anderen Punkt komme ich noch.

Im Vordergrund steht dabei die Beseitigung des Lehrerberarfs in Mangelfächern. An erster Stelle steht der Bedarf der Schule. Auch darüber sind wir uns in der Argumentation einig.

Auch die kw-Stellenproblematik werden wir aufgreifen, allerdings nicht so, wie Sie das machen. Bei Ihnen ist das ein bißchen "Klein-Fritzchen-Politik". Da wird alles aufgegriffen, was irgendwo gut ankommt. Nur den tatsächlichen Zusammenhängen wird keine Rechnung getragen. Wir werden uns sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen, um in einem verantwortbaren Maße den kw-Berg pädagogisch sinnvoll zu nutzen. Dennoch bleibt festzustellen - das sage ich Ihnen auch ganz deutlich, ich habe damit überhaupt keine Probleme -: Ein Durchbruch in der Frage des Einstellungskorridors ist nicht gelungen. Ich mache kein Hehl daraus, daß mir diese Entscheidung in der Seele weh tut. Aus gesamtfinanzpolitischer Verantwortung heraus hat sich meine Fraktion jedenfalls für dieses Haushaltsjahr nicht für einen Korridor entscheiden können; aber nicht aus der Tatsache heraus - das betone ich dabei ganz deutlich -, daß man gesagt hätte, dies sei bildungspolitisch nicht notwendig, sondern weil dies finanzpolitisch zur Zeit nicht machbar ist.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

(D)

Ich bin mir auch sehr bewußt, Herr Reul, daß die Opposition dies zum Anlaß nimmt - Sie haben es auch schon gemacht -, in hämischer Manier über uns herzuziehen. Das ist Ihr gutes Recht. Ob dies okay ist, ist eine andere Frage.

Sie versuchen, uns hier vorzuführen - nichts anderes steht hinter Ihrem Antrag, und das haben Sie mit Ihrem Antrag auf namentliche Abstimmung sehr deutlich gemacht -, in dem Glauben, daß Sie damit draußen Punkte sammeln können.

(Reul (CDU): Wir sagen draußen nichts anderes als hier!)

- Herr Reul, ich finde, Sie sind ein sehr netter Herr. Aber Sie sollten sich Ihre Reden nicht immer von Herrn Hoffmann schreiben lassen. Machen Sie Ihre Reden einmal selbst, dann kommt Ihre durchaus positive Mentalität auch zum Ausdruck.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

(Frey (SPD))

- (A) Ihre Rede, meine Damen und Herren, sollte unsere Politik geißeln. Aber es war nichts anderes als ein ganz ordinäres "Geißeln", was Sie praktiziert haben.

Wenn Sie glauben, mit dieser Politik Punkte sammeln zu können, dann ist das ein Irrglaube. Herr Reul, Frau Philipp, wir haben viele Veranstaltungen mit Referendaren und mit arbeitslosen Lehrern zusammen gemacht. Sie haben, glaube ich, eine politische Sensibilität wie eine Kuh beim Erdbeerpflücken. Haben Sie nicht gespürt, daß die Betroffenen Ihnen Ihre Politik nicht abgenommen haben? Haben Sie das eigentlich überhaupt nicht gespürt? Sie nehmen Ihnen nicht ab, daß Sie ernsthaft an diesem Problem arbeiten; denn die Leute sind dank unserer Bildungspolitik nicht mehr so dumm, wie Sie es gern hätten. Die merken sehr wohl, ob man vordergründige Effekthascherei betreibt oder ob man eine ernsthafte Politik macht, um die Probleme wirklich lösen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Dies ist deshalb eine vordergründige Effekthascherei, weil Sie unser Land in seinem Bemühen gegenüber dem Bund, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern, ganz erbärmlich im Stich lassen.

(Lachen der Frau Abg. Busch (CDU))

- (B) - Frau Busch, Sie können ja lachen; es wäre mir lieber, wenn Sie auch einmal einen politischen Beitrag brächten.

Ja, mehr noch: Ihre erklärte Politik ist die Politik der Senkung der Staatsquote, und Ihre hier dargestellte forcierte Ausgabenpolitik stimmt mit Ihrem Staats- und Gesellschaftsverständnis überhaupt nicht überein. Wer Mehrausgaben fordert, aber gleichzeitig zuläßt, daß Bonn die Staatskassen plündert, der richtet sich hier selbst.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Frey (SPD): Ich weiß ja nicht, vom wem die kommt. - Lachen bei der CDU)

- Frau Philipp hat sich gemeldet.

(Frey (SPD): Ja, Frau Philipp gern!)

Frau Philipp (CDU): Ich weiß nicht, wie ich das werten soll; aber ich freue mich natürlich trotzdem, daß ich darf.

(Frey (SPD): Wir haben immer gesagt: Sie stellen die richtigen Fragen!)

(C) Ich kann mir nur vorstellen, daß Herr Frey so aufgeregt ist, weil ihm die Situation sehr unangenehm ist. Das kann ich auch verstehen.

Ich frage, ob ich trotz der mir von Ihnen abgesprochenen Sensibilität wenigstens über ein Gedächtnis verfüge, das richtig ist. Ist es richtig, Herr Frey, daß Sie sich am 13. Februar vor den eben von Ihnen angesprochenen ca. 100 Lehrern heftig dafür eingesetzt haben, mindestens die 1 400 Lehrer in Ihrer Fraktion durchzusetzen, und Sie darum gebeten wurden - wir konnten ja bereits auf den eingebrachten Antrag verweisen -, in jedem Fall jeden einzelnen Landtagsabgeordneten, inklusive der in den Arbeitskreisen, doch dementsprechend zu motivieren? Ist diese meine Erinnerung richtig?

Frey (SPD): Ihre Erinnerung ist insofern richtig, als ich dies gesagt habe; allerdings müssen Sie den Zusatz bringen, daß ich immer darauf hingewiesen habe: Wir werden diese Anträge als Bildungspolitiker in der Gesamtfraktion stellen; wie die Gesamtfraktion insgesamt abstimmt, ist eine zweite Frage.

(Aha-Rufe bei der CDU)

(D) Das müssen Sie auch zugeben. Ich persönlich bin der Auffassung, daß diese Position glaubwürdiger ist als eine gespielte Naßforschheit, die in der Tat nichts damit zu tun hat, wie man die Probleme wirklich lösen kann. Dies ist auch von den Betroffenen so aufgenommen worden. Die fanden es auch nicht gut, daß andere dann "abgerauscht" sind, als es erst wirklich spannend wurde; aber das nur ganz nebenbei!

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, Herr Kollege Reul möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen.

(Frey (SPD): Ich weiß nicht, wieviel Zeit ich noch habe. Ja, gut, okay!)

Reul (CDU): Tausend Dank! - Wenn Sie sagen, daß Sie in der Sache unser Anliegen voll unterstützen, warum beschimpfen Sie uns eigentlich hier wie ein Rohrspatz und stimmen nicht statt dessen unserem Antrag zu?

(Beifall bei der CDU)

Frey (SPD): Ich spreche hier als Bildungspolitiker, und in dieser Frage haben wir keinen Dissens. Der Unterschied ist nur der, daß ich nicht nur als "Salamischeibe Bildungspolitiker" umherlaufe, sondern als

(Frey (SPD))

- (A) Mitglied der SPD-Fraktion auch eine Gesamtverantwortung für das ganze Land habe.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Vorschläge sind unseriöse Vorschläge zur Deckung dieser Mehrkosten. Das haben wir immer betont. Wir haben sehr deutlich gesagt, daß dies bildungspolitisch notwendig ist, aber die finanziellen Rahmenbedingungen für unser Land müßten sich entscheidend ändern, um das durchsetzen zu können. Und da sind Sie gefordert; denn Sie haben das Sagen in Bonn, nicht wir.

(Abg. Nagel (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich möchte jetzt gern fortfahren, Herr Nagel!

(Nagel (CDU): Ach nein!)

- Ja, gut; aller guten Dinge sind drei. Bitte sehr!

Vizepräsident Dr. Riemer: Also, Herr Nagel, Sie haben die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen.

- (B) Nagel (CDU): Ich habe ja selten solche Schwierigkeiten, das zu verstehen. Deshalb frage ich Sie, weil Sie von der Unseriosität sprachen, Herr Kollege Frey: 1 500 Stellen, die die CDU-Fraktion beantragt - habe ich das so richtig verstanden? -, das ist alles unseriös, und da wird auf Bonn und alles geschimpft; demgegenüber sollen die 1 400 Stellen, die Sie, die Bildungspolitiker in der SPD-Fraktion und Herr Farthmann, gefordert haben, seriös sein. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Frey (SPD): Diese Forderung ist nicht unseriös, sondern Ihr Deckungsvorschlag ist unseriös. Wir haben sehr deutlich gesagt: Jedenfalls für die Hälfte davon haben wir keinen Deckungsvorschlag, und es bestand die Alternative, dann eben die Kreditemächtigung zu erhöhen. Und die Mehrheit hat aus der Gesamtverantwortung heraus gesagt: Das können wir nicht, obwohl wir es gern möchten.

Das ist doch eine vernünftige politische Diskussion und Position. Die können Sie doch nicht so darstellen, als wenn das nicht verständlich wäre, Herr Nagel! Wir kennen uns schon länger: Sie verstehen es sehr gut; aber Sie haben natürlich auch ein paar rhetorische Qualitäten, um darüber hinwegzutäuschen.

Jedenfalls haben wir die politische Verantwortung für dieses Land, und diese Verantwortung verstehen wir nicht nur so, daß wir eine Summe von isoliert nebeneinanderstehenden Einzelplänen haben, sondern daß wir die Gesamtverantwortung für die Entwicklung dieses Landes haben. Dies ist Ihnen offensichtlich ein Fremdwort.

Wir haben weitere Schwerpunkte gesetzt; ich will nur zwei Punkte nebenbei noch erwähnen: einmal das Unterhaltsbeihilfegesetz; da sind 3,6 Millionen DM eingesetzt worden. Ich will der Gesetzesberatung nicht vorgreifen; ich will nur deutlich machen, daß wir auch hier die Voraussetzung schaffen, um Jugendlichen eine bessere Möglichkeit der Ausbildung zu geben.

Wir schaffen in konkreter Konsequenz unserer gesamten Debatte über neue Technologien, neue Medien in der Schule jetzt die Technologieberatungsstelle am Landesinstitut für Schule und Weiterbildung. Dies ist sicherlich nur ein kleiner Punkt, aber erwähnenswert.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch etwas zur Weiterbildung sagen. Wir haben in diesem Haushalt das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz neu ausgestattet, und zwar als neuen Titel mit 900 000 DM. Wir haben damit die Voraussetzung geschaffen, um die Entwicklung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes weiterhin zu fördern und den Angriffen und der Verfassungsklage auch die letzte Grundlage zu entziehen. Neben der Weiterbildungsinfrastruktur, die wir jährlich mit 200 Millionen DM zur Verfügung stellen, gibt es nun eine zusätzliche Förderung für Veranstaltungen im Rahmen der Arbeitnehmerweiterbildung. Da können Sie ganz beruhigt sein, meine Damen und Herren von der CDU: Die Vergabe dieser Mittel wird nicht im Windhundverfahren ablaufen, sondern sehr wohl proportioniert. Wir werden uns das vorher ansehen und es so gestalten, daß dies jedem zugute kommt. Es bleibt im Grunde nur ein Appell an die Arbeitgeber, endlich ihren Kampf gegen das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz einzustellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich muß fragen: Was sind das für Unternehmen, die auf ihren eigenen Kongressen - -

(Elfring (CDU): Das haben wir aber erst nächsten Mittwoch auf der Tagesordnung!)

- Das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz gehört hier zur Haushaltsberatung, weil es hier etatisiert ist. Sie müssen einmal in den Haushalt schauen.

(C)

(D)

(Frey (SPD))

- (A) Also ich frage hier: Was sind das für Unternehmer, die auf ihren eigenen Kongressen das Jahrzehnt der Weiterbildung proklamieren, die herausragende Bedeutung integrierter, d.h. sowohl politischer als auch beruflicher Weiterbildung betonen und gleichzeitig ein Gesetz, das genau dies will, in unverschämter Weise boykottieren? Ich glaube, durch unsere Maßnahme ist diesen Angriffen auch der letzte Boden entzogen.

Eine letzte Bemerkung zu Frau Matthäus. Ich möchte hier einmal sagen, daß ich Frau Matthäus außerordentlich schätze.

(Elfring (CDU): Aha!)

Ich finde also ihr Anliegen sehr sinnvoll und sehr vernünftig. Ich kenne auch die gesamte Situation, die sich mit den Kolleginnen und Kollegen bei den Volkshochschulen verbindet. Nur da trifft dieselbe Frage zu wie auch bei allem anderen: die Frage der Finanzierung. Wir sollten vielleicht gemeinsam überlegen, ob nicht andere Modelle konstruiert werden könnten, um hier helfen zu können.

Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, die finanziellen Rahmenbedingungen für unser Land zu verbessern. Vielleicht hilft die CDU endlich einmal mit. Dann können wir auch all das bildungspolitisch machen,

(Reul (CDU): Was die in 20 Jahren versäumt haben. Das ist eine Leistung!)

- (B) was wir hier diskutiert haben.

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Kultusminister.

(Nagel (CDU): Der ist ja auch noch da!)

Schwier, Kultusminister: - Der war immer da, Herr Kollege Nagel.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Anfang eine parlamentarische Erfahrung hier wiedergeben. In einer Oppositionsfraktion, in der ich auch einmal, wenn auch nicht im Landtag, gesessen habe,

(Reul (CDU): Das kommt aber wieder!)

ist es sehr viel leichter, eine Forderung auf Mehrausgabe durchzusetzen als in einer Regierungsfraktion. Dafür fällt man dann allerdings mit der Forderung der Oppositionsfraktion meistens im Parlament durch. Deswegen ist auch die Opposition eher bereit zu sagen: Kommt ja nicht drauf an! - Das ist nun einmal so.

(C) Darüber aber, daß jeder Bildungspolitiker - ich glaube sogar, jede Kollegin und jeder Kollege hier im Saal - gerne im Interesse der Schule, im Interesse der Kinder, aber auch im Interesse der jungen Arbeitslosen mehr Lehrerstellen in den Haushalt bringen würde, brauchen wir nicht zu streiten. Es geht hier schlicht um die Frage, wie man das denn bezahlen kann. Es helfen da auch keine Haushaltstricks. Eine Lehrerstelle kostet pro Jahr im Schnitt 60 000 DM, d.h. 10 Stellen kosten 600 000 DM und 100 Stellen 6 Millionen DM. So können Sie weiterrechnen. Ihre 1 500 Stellen - darüber streiten wir gar nicht - kosten jedes Jahr 90 Millionen DM.

(Bensmann (CDU): Das kann man sogar in der Gesamtschule rechnen!)

So ist es; anders geht es nicht. Aber was sollen denn dann solche Sätze wie: In der Schule geht nichts mehr, die Schule in Nordrhein-Westfalen ist am Ende! Lieber Herr Reul, wenn das der Fall wäre, könnten Sie mit den 1 500 Stellen auch nichts aus dem Wasser oder aus dem Feuer holen. Sie tun doch so, als wenn die 140 000 Stellen im Haushalt und alles, was wir darüber hinaus beschäftigt haben, sozusagen für die Katz wäre, und jetzt müßten diese 1 500 alles retten.

(D) Also lassen Sie uns das Ganze sehr viel nüchterner und sachlicher behandeln. Das verdienen übrigen auch diejenigen, die auf eine Beschäftigungschance in der Schule warten und die aus zwei Gründen eine schlechte Chance haben. Der eine Grund ist: Die Schülerzahlen gehen nach wie vor noch zurück, was zur Folge hat, daß sich automatisch das Zahlenverhältnis zwischen Schülern und Lehrern Jahr für Jahr verbessert.

(Dautzenberg (CDU): Der fächerspezifische Bedarf!)

Zweitens: Die Staatseinnahmen steigen nicht so, als daß wir uns etwas leisten könnten. Der Kultushaushalt nimmt ja auch nicht etwa ab, obwohl er zu wesentlichen Teilen - fast ausschließlich sogar - aus Personalkosten besteht, sondern er steigt, und zwar überproportional. Die Erklärung dafür ist auch ganz einfach. Die im Dienst befindlichen Lehrer haben noch Alterssteigerungen, und wir leisten uns in diesem Jahr eine allgemeine Gehaltserhöhung von 3,5 %.

(Dautzenberg (CDU): Wollen Sie die nicht?)

Ich will Ihnen sagen, was ich mit diesen 3,5 % sehr viel lieber täte: Jedem Lehrer eine

(Kultusminister Schwier)

- (A) Stunde weniger Unterricht! Dann hätte er ein Äquivalent dafür, und für das Geld - das sind fast 400 Millionen - würde ich junge Lehrer einstellen. Das wäre kostenneutral!

(Beifall bei der SPD)

Dazu stehen die nordrhein-westfälische Landesregierung, die nordrhein-westfälische SPD-Fraktion und inzwischen sogar, nach vielen Mühen - Sie können das nachlesen in der Empfehlung der Bund-Länder-Kommission, als einen Weg, einen Einstellungskorridor zu schaffen - auch die CDU/CSU-regierten Länder.

Aber ich habe bisher - außer aus dem Wissenschaftsausschuß - vom Bundestag, in dem ja bekanntlich Sie die Mehrheit haben, noch nicht ein Signal vernommen, daß es überhaupt einen Sinn hätte, ein Gesetzgebungsverfahren in diesem Sinne in Gang zu bringen. Eine solche Umverteilung von Arbeit und Einkommen, die nicht auf Schule beschränkt bleiben soll

(Frau Matthäus (CDU): Das ist es!)

- Moment! Da machen wir doch sofort mit! -, kann allerdings auch nicht ohne Ansehen des Einkommens stattfinden. Ich kann den Briefträger nicht gleich behandeln mit dem nach A 12 oder A 13 besoldeten Lehrer. Dieses Signal aus der CDU-Fraktion, das fehlt noch. Ich höre immer unter vier Augen: Ja, das ist der einzig richtige Weg, das ist der einzig solide. Das ist auch der, den wir vertreten können. Nur mehr kommt da nicht.

(B)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Minister Schwier: Aber gern!)

Reul (CDU): Gehört dieser Vorschlag in die Kategorie derjenigen Vorschläge, die Sie schon vor einigen Jahren gemacht haben, z.B. bei der Teilzeitbeschäftigung, wo Sie darauf hingewiesen haben, daß diese Einsparung, diese Rücksichtnahme der Lehrerinnen und Lehrer dazu führen werde, daß mehr neue Lehrer und Lehrerinnen eine Stelle bekommen würden? Damals ist dieses Versprechen ausgesprochen worden. Es ist nicht erfüllt worden. Kann ich davon ausgehen, daß diese Konzeption, die Sie bei dem neuen Modell haben, wieder so enden wird, daß das Geld benutzt wird, um den Haushalt zu sanieren, und nicht, um neue Stellen zu fördern?

Schwier, Kultusminister: Herr Reul, nun lassen Sie doch solche Sprüche, als wenn das

Geld benutzt worden wäre, den Haushalt zu sanieren, und gleichzeitig halten Sie uns vor, der Haushalt sei alles andere als saniert, sondern in einem schrecklichen Zustand! Sie müssen doch wenigstens eines von beiden als richtig und können nicht beides gleichzeitig als falsch darstellen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, Frau Matthäus möchte Sie noch etwas fragen.

(Minister Schwier: Bitte schön!)

Frau Matthäus (CDU): Herr Minister, sind Sie mit mir einer Meinung, daß es falsch wäre, die arbeitslosen Lehrer als Gruppe für sich zu sehen, und daß es richtig ist, darüber nachzudenken, ob man Arbeit und Lohn nicht anders verteilen müßte? Dabei würde ich auch niedrige Lohngruppen ausnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich finde es falsch, die Gruppe der arbeitslosen Lehrer getrennt zu sehen.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Schwier, Kultusminister: Ich finde das auch falsch. Ich habe damals diesen Vorschlag, von meinem Vorgänger übernommen, für Lehrer gemacht, weil ich nichts davon halte, daß der zuständige Minister das Fell anderer verteilt, anstatt herzugehen und zu sagen: Ich mache einen Vorschlag, wie das von meinem Fell umverteilt und umgeschnitten werden kann.

(D)

(Dautzenberg (CDU): Ist das denn in der Regierung unbestritten?)

Die Resonanz aller Lehrerverbände ist Ihnen hoffentlich noch im Ohr. Aber man kann ja dazulernen. Ich habe auch aus Fehlern gelernt; ich wurde ja vorhin mit dem allgemeinen pädagogischen Grundsatz zitiert, daß man aus Fehlern lernen kann. Deswegen weiß ich: Ich werde diesen Vorschlag beharrlich weiter verfolgen und nach Bundesgenossen suchen - solange, bis ich so viele habe, daß man ihn umsetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Da warte ich auf Ihre Mithilfe.

Immerhin sind ja auch noch ein paar erfreuliche Sachen gesagt worden. Herr Reul hat festgestellt, daß die Schüler-Lehrer-Relation nicht die Wirklichkeit der Schule beschreibt, sondern daß die Schule besser versorgt ist, als es die Schüler-Lehrer-Relation ausweist.

(Dautzenberg (CDU): Aber fächerspezifisch?)

(Minister Schwier)

- (A) Das ist so, und das wird - für die jungen Leute muß ich sagen: leider - in den kommenden Jahren noch zunehmen, weil der Schüler-rückgang so schnell stattfindet.

Wenn Sie von 12 000 Stunden Ausfall pro Woche sprachen, Frau Philipp, bitte ich zu bedenken, daß wir in Nordrhein-Westfalen mehr als 7 000 Schulen haben - nicht Klassen oder Lehrer, sondern Schulen! Also wenn: pro Schule!

(Frau Philipp (CDU): Aber so kann man das doch nicht umrechnen!)

- Entschuldigen Sie! Na gut, dann rechnen wir nicht um; aber dann sollten wir das Rechnen lassen. Und dann sollten Sie doch nicht mit dem einfachen Satz kommen: Die CDU bietet Lösungen an; wir brauchen ja nur zuzustimmen. Meine Damen und Herren, es gibt so vieles im Landeshaushalt, was man noch schöner machen könnte. Da haben wir natürlich eine Priorität gesetzt. Sie bestand darin und besteht weiterhin darin, jungen Menschen, die mit der Schule fertig sind, anschließend eine Ausbildung zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür bringen wir Jahr für Jahr erhebliche Mittel auf. Wir wissen auch, daß das nicht die Lösung des Arbeitslosenproblems ist; denn im Anschluß daran sind wir nicht auch noch in der Lage, ihnen eine Beschäftigung zu verschaffen. Aber wir sagen: Ausbildung muß zunächst einmal sein, sonst ist die Chance auf Beschäftigung gleich Null. Das machen wir auch bei Lehrern, obwohl auch da die Beschäftigungschance sehr niedrig ist.

(B)

Solange wir an den sogenannten althergebrachten Grundsätzen vom Berufsbeamtentum und was weiß ich alles nichts zu ändern bereit sind, solange wir den Besitzstand als den höchsten Wert unseres Grundgesetzes ansehen - er kommt im Grundgesetz übrigens gar nicht vor - und dafür die soziale Demokratie ein bißchen in den Hintergrund schieben - meine Damen und Herren, hier kommen wir um eine Entscheidung nicht herum, die auch solchen wehtut, denen es recht gut geht!

Zur Frage der Weiterbildung im Haushalt, Frau Matthäus, finde ich das alles ausgesprochen sympathisch, was Sie gesagt haben, und es bewegt uns alle in gleicher Weise.

(Nagel (CDU): Na, dann ist es ja in Ordnung.)

- Nein, es ist nicht in Ordnung, Herr Kollege Nagel. Aber der Satz, daß Nordrhein-

Westfalen allein für Weiterbildung soviel Geld aus der Landeskasse aufbringt wie alle übrigen Bundesländer zusammen, ist trotzdem noch wahr. Sie werden es kaum glauben: Gelegentlich wird uns das sogar vorgehalten, wenn wir auf eine gerechtere Verteilung der Mittel zwischen Bund und Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Es hat also auch das seine zwei Seiten.

(C)

Mein Appell ist nur, aus der Notlage junger Leute nicht auf billige Weise sich Vorteile für irgendwelche Wahlen verschaffen zu wollen, meine Damen und Herren. Das funktioniert nämlich gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Frau Matthäus von der Fraktion der CDU.

Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen jetzt eigentlich zu dem Bereich der Kultur kommen; ich hoffe, daß das auch in Ihrem Sinne ist.

(Wendzinski (SPD): Akzeptiert!)

Schönen Dank. - Obwohl ich auch da meine, es ist nicht alles erfreulich, was wir heute sagen können: Der Haushalt des Jahres 1986 sieht besser aus als die Haushalte der Vorjahre.

(Wendzinski (SPD): Herzlichen Dank!)

Das stimmt. Es ist seit 1985 die Anhebung der Zuschüsse im Bereich der Theater und Orchester erfolgt; wir wollen zurückkommen auf die Höhe der Zuschüsse aus dem Jahre 1981. Lassen Sie mich anmerken: Wir haben bisher noch nicht darüber geredet, was mit den seit 1981 erfolgten Tarifierhöhungen passieren wird. Tragen die Kommunen sie alleine?

(D)

Im Jahre 1986 ist zum erstenmal, und zwar aus dem Kabinett heraus, der Betrag für Bibliotheken erhöht worden. Es ist ein Zuschuß, den wir ausgesprochen freudig begrüßen, der allerdings alle die Bibliotheken nicht berücksichtigt, die überprüft worden sind und kommunale Aufgaben übernommen haben. Das heißt, es gibt eine Reihe von Bibliotheken, die in bezug auf Buchbestand, Personal, Öffnungszeiten überprüft worden sind, aber seit 1980 keinen Zuschuß mehr bekommen.

Der Haushalt sieht also besser aus; es kommt nur darauf an, aus welchem Blickwinkel man ihn sieht. Wenn wir ihn mit den Vorjahren vergleichen, ist er erfreulich. Wenn wir ihn

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) prozentual mit dem Gesamthaushalt vergleichen, wenn wir ihn an den Mitteln messen, die die Kommunen für die Kultur ausgeben, wenn wir ihn mit den Kulturhaushalten anderer Länder vergleichen, dann bleibt der Kulturhaushalt nach meiner Meinung nach wie vor unbefriedigend. Ich weiß, daß sich der Haushalt nicht beliebig erweitern läßt; das gilt sicherlich auch hier. Aber wenn wir davon ausgehen, daß Freizeit einen immer breiteren Raum einnimmt, muß auch in einem Landeshaushalt darüber nachgedacht werden, daß andere Prioritäten nötig sind.

Es hilft den Kommunen sehr wenig, wenn es seit Jahren Versprechungen gibt. Das macht auf Dauer mißtrauisch, weil man sich einfach nicht mehr vorstellen kann, daß aus den Versprechungen irgendwann auch Tatsachen werden.

Es ist natürlich schwer, manchmal gar nicht möglich, einen Haushalt erst im Ausschuß oder gar erst im Plenum zu verändern. Eigentlich erwarten wir solche anderen Prioritäten schon, wenn der Haushalt aus dem Kabinett kommt.

(Zustimmung bei der CDU)

Trotzdem hat der Ausschuß in den letzten Jahren einige Male Änderungen erreicht. Darum meinen wir nicht resignieren zu sollen; wir sollten vielmehr erneut Versuche wagen.

- (B) Ich wiederhole nicht unseren Antrag, nicht kommunale Träger von öffentlichen Büchereien mit dem bescheidenen Betrag von 5 000 DM auszustatten, obwohl es dringend erforderlich wäre und die absolute Einstellung jeglicher Hilfe für diese Bibliotheken seit 1981 teilweise zu einem ganz erheblichen Kahlschlag geführt hat.

Aber ich wiederhole unseren Antrag, 1,7 Millionen DM den Gemeinden zur Förderung der Laienkultur zuzuweisen. Wenn Ihnen das Wort "Laienkultur" nicht gefällt, kann man auch "freie Kulturarbeit" oder auch "alternative Kultur" sagen; ich habe damit keine Schwierigkeiten. Gemeint ist für meine Begriffe das gleiche. Die Mittel sollen anteilig nach Einwohnerzahl auf die Gemeinden verteilt werden.

Den Kommunen fällt schon der Erhalt der bestehenden Theater, Orchester, Bibliotheken, Museen, Musikschulen ungeheuer schwer. Wir sind froh - wir haben es in jedem Jahr wieder betont -, daß unsere Landschaft so reich an Kultur ist. Wir sind den Kommunen, die eine ungeheure Leistung in diesem Bereich erbringen, dankbar.

(C) Trotzdem meinen wir, daß auch in dem anderen Bereich erheblich mehr geleistet werden muß. Es finden sich einfach immer mehr Gruppen zusammen, die auch kreativ tätig sind. Chöre, Laienorchester sind in weiten Bereichen unseres Landes seit 100 Jahren, seit 200 Jahren Träger von Kultur. Wenn wir einmal vergleichen, was die Kommunen und was das Land für Chorleiter tun und was sie für Übungsleiter im Sport tun, dann zeigt sich da schon eine große Diskrepanz. Wir wollen den Übungsleitern im Sport nichts wegnehmen, aber wir sind manchmal sehr neidisch, daß man die gleiche Arbeit bei den Chorleitern nicht sieht und nicht anerkennt.

(Zustimmung bei der CDU)

Darüber tröstet auch die Musikakademie Heek einfach nicht hinweg.

Wir wissen, daß in zunehmend mehr Gemeinden die Filmarbeit einen hohen Stellenwert hat. Die SPD hat in diesem Bereich Anträge gestellt. Herzlichen Dank dafür!

Aber wir wollten, daß jede Kommune etwas tut, daß die Kommune eigene Schwerpunkte neu setzt oder Schwerpunkte bestätigt, daß die Kommune die Möglichkeit hat, mit dem vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln etwa den zehnfachen Betrag freizusetzen, um damit wirklich kreative Kultur im Lande überhaupt erst zu ermöglichen.

(D) Es gibt einen weiteren Grund, weshalb wir diesen Antrag für außerordentlich wichtig halten. Dabei geht es um die Ausgleichsstockgemeinden. Ich verweise darauf, daß wir schon einmal einen Antrag gestellt haben, Ausgleichsstockgemeinden für Kultur Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Gemeindefinanzierungsgesetz heißt es zur Finanzierung der Ausgleichsstockgemeinden ausdrücklich:

Die Zustimmung ist zu versagen, wenn im Haushalt Ausgaben enthalten sind, die nach § 62 der Gemeindeordnung nicht zwingend erforderlich sind.

Das heißt, daß eine Reihe von Gemeinden ihrer Aufgabe nicht gerecht werden kann, daß ein Kulturangebot nicht gemacht werden kann, daß es Gemeinden gibt, deren Einwohner, weil die Kommunen arm sind, an weiten Bereichen des täglichen Lebens nicht teilhaben können. Wir dachten, daß mit den von uns geforderten Pauschalzuweisungen auch diesen Gemeinden wenigstens ein wenig Mut gemacht werden könnte.

Darum bitte ich Sie: Nehmen Sie sich nicht erst für das kommende Jahr vor, Träger

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) freier Kulturarbeit zu fördern, Projekte alternativer Kultur zu fördern, Filminitiativen oder Laienchöre stärker als bisher zu fördern, stimmen Sie hier und heute unserem Antrag zu, und machen Sie damit Kulturarbeit in allen Gemeinden überhaupt erst möglich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Dr. Gerritz; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Gerritz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geschieht etwas im Bereich Kultur. Kollegen, Oberbürgermeister darunter, bitten uns in ihre Stadt, um mit ihnen gemeinsam darüber nachzudenken, wie man das kulturelle Leben dort verbessern, verstärken, in einigen Bereichen entwickeln kann, und manch einer glaubte sich sogar dafür entschuldigen zu müssen, daß ihm dieser Politikbereich bislang fern gelegen hat. Institute, politische Gremien, Kulturdezernenten suchen zu belegen, daß es, analog zum sozialdemokratischen Programm "Arbeit und Umwelt," eines anderen mit dem Namen "Arbeit und Kultur" bedürfe. Jugendämter, Sozialämter bedienen sich kultureller Aktivitäten, um ihrem Auftrag gerechter zu werden als bisher. Sparkassen landauf, landab gründen Kulturstiftungen von oft beträchtlichem Zuschnitt, und Kunstausstellungen in solchen Bankgebäuden sind heute eher die Regel als die Ausnahme.

(B)

Daß jedoch, meine Damen und Herren, die Deutsche Bank in großen Zeitungsanzeigen - ich habe diese Zeitung einmal mitgebracht; diese Anzeige (er zeigt eine Zeitung) ist in mehreren Zeitungen erschienen - mit der "Lebendigen Kultur" wirbt, überrascht nun doch, besonders dann, wenn neben den Theatern, den Museen, den Symphonieorchestern, den Hoch- und Volkshochschulen sogar die alternative Kultur erwähnt wird, wenn auch verbrämt.

So ist es nicht von ungefähr - Frau Matthäus wies darauf hin -, daß der Kulturetat - nur der Kulturetat - im Jahre 1986 eine Steigerung erfährt. Immerhin, 8 % sind nicht von schlechten Eltern. Dazu will ich einige Anmerkungen machen. Ich beziehe in meine Ausführungen auch den Haushalt des Herrn Minister Zöpel mit ein, soweit er in die Kompetenz des Kulturausschusses fällt.

Erstens: Die Wiederherstellung des Aachener Doms wird eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre sein. An dieser Aufgabe wird sich und muß sich das Land beteiligen. Das

haben alle in diesem Haus vertretenen Fraktionen sichtbar dokumentiert, indem sie dem Aachener Dom sozusagen eine eigene Haushaltsposition eingeräumt haben.

(C)

Zweitens: Daß der Altenberger Dom und der Dom zu Minden - neben anderen - zu den landeseigenen Denkmälern gehören, mag den, der die Geschichte unseres Landes nicht kennt, überraschen. Aus diesem Tatbestand jedoch erwächst die Verpflichtung, mit diesen großen Denkmälern, die sich im Landesbesitz befinden, vorbildlich zu verfahren. Deshalb hat die SPD den Wunsch geäußert, daß bei Beibehaltung des kultusministeriellen Besitzstandes, der für den Denkmalschutz verantwortliche Minister sich dieser Denkmäler annimmt und damit jene finanzielle Grenze von 800 000 DM überschreitet, bis zu der der Kultusminister in einem Jahr verfügen darf.

Drittens: Daß das Gebiet zwischen Zülpich und Mönchengladbach, in dem Braunkohle abgebaut wird, zu den zentralen historischen Provinzen des Abendlandes nördlich der Alpen gehört, ist in diesem Hause - davon gehe ich aus - jedermann bewußt. Leider wird dieses Bewußtsein - zur Zeit noch - weder vom RWE noch von seiner Tochter Rhein Braun geteilt. Es ist für das historische Bewußtsein in unserem Lande schwer erträglich, daß im dortigen Abbaugelände 80 % der archäologischen Fundplätze ununtersucht bleiben, vom Rest die meisten nur oberflächlich untersucht und nur drei bis vier pro Jahr einer intensiven archäologischen Untersuchung unterzogen werden. Mindestens ebenso unerträglich ist der Tatbestand, daß wegen fehlender finanzieller Mittel archäologische Publikationen aus diesem Bereich seit einem Jahrzehnt völlig ausbleiben. Es gäbe, meine Damen und Herren, einen Aufstand in Nordrhein-Westfalen, wenn, weil die Mittel fehlen, 80 % unseres Archivgutes Müllverbrennungsanlagen zugeführt würden. Was sich in der Erde dieses Raumes befindet, ist aber das einzig existente Archivgut etwa bis ins 7. Jahrhundert hinein.

(D)

Bislang haben der Kulturausschuß des Landes, der für die Bodendenkmäler zuständige Landesminister Dr. Zöpel und der Vorsitzende der Landschaftsverbandsversammlung Rheinland vergeblich an RWE und Rheinbraun appelliert, mit Hilfe einer Stiftung die historische Ökologie in diesem Raum zu verbessern. Nachdem nun der Nordrhein-westfälische Städtetag dieses Thema zu einem vordringlichen erklärt hat, wird ein vierter Vorstoß von dieser Seite und mit unserer Unterstützung erfolgen.

Viertens: Frau Matthäus, ich komme zu Ihrem Antrag. Die CDU hat in diesen Haushaltsbera-

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) tungen beantragt, den Gemeinden 1,7 Millionen DM zur Unterstützung der Laienkultur zukommen zu lassen. Sie haben versucht, hier darzustellen, was Sie unter Laienkultur verstehen. Das sind - sage und schreibe - 10 Pfennige pro Kopf des in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgers.

Mehrere Gründe haben uns Sozialdemokraten bewogen, diesen Antrag abzulehnen.

1.: In den Beratungen hat uns eine Deckung nicht vorgelegen.

2.: Für Pro-Kopf-Beträge, meine Damen und Herren, ist, wie ich meine, ausschließlich das Gemeindefinanzierungsgesetz verantwortlich. Übernehmen wir den von der CDU vorgeschlagenen Finanzierungsmodus, jedem Bürger

10 Pfennige zu einem bestimmten Zwecke zukommen zu lassen, könnte sich das Land aus einer eigenständigen, selbstbewußten Kulturpolitik entlassen, und der Finanzminister könnte dann auch zugleich die Aufgaben des Kultusministers wahrnehmen.

(Dr. Rödding (CDU): Das tut er doch!)

3.: Das Land hat da in Aktion zu treten, wo die Grenzen der einzelnen Kommunen gesprengt werden. Ich erinnere an die auch von Frau Matthäus genannte im Bau befindliche Landesmusikakademie, die Aufgaben des gesamten Landes wahrzunehmen hat und die besonders im Bereich der Laienmusik wichtige Impulse geben muß. Eine solche Landesmusikakademie kann von einer Region weder gebaut noch unterhalten werden, geschweige denn von einer Kommune.

(B)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Matthäus?

(Dr. Gerritz (SPD): Gern!)

Frau Matthäus, bitte!

Frau Matthäus (CDU): Herr Dr. Gerritz, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß das Land auch da eine Verpflichtung hat - ich nannte eben die Ausgleichsstockgemeinden -, wo den Gemeinden selbst überhaupt keine Möglichkeit gegeben ist, im Bereich der Kultur etwas zu tun? Müssen diese Bürger wirklich völlig auf jede Teilhabe an Kultur verzichten, die wir mit den 10 Pfennigen pro Kopf - woher sie bezahlt werden, wäre mir dabei nicht das wesentliche - in etwa erreichen könnten?

Dr. Gerritz (SPD): Ich habe mich mit Ihrem Antrag, sehr geschätzte Frau Matthäus,

auseinandergesetzt. Dieser Antrag beinhaltet, daß 10 Pfennige auf Gerechte und Ungerechte - das heißt: auf Bedürftige und Unbedürftige - in diesem Lande herabregnen sollen. (C)

Ich will aber auch eine Bemerkung zu den Ausgleichsstockgemeinden und ihren kulturpolitischen Möglichkeiten machen! Ich kenne diese Diskussion; wir haben sie häufig miteinander geführt. Sie haben ganz wesentliche Diskussionsbeiträge geleistet. Das hat uns, den SPD-Arbeitskreis, veranlaßt, dem Innenminister einen Brief zu schreiben mit der Bitte, darüber nachzudenken, in welcher Form, in welcher Größenordnung den Ausgleichsstockgemeinden kulturelle Aufgaben zugestanden werden müssen - kulturelle Aufgaben, die gesetzlich nicht fixiert sind. Ich hoffe, daß wir eine - auch in Ihrem Sinne - befriedigende Antwort bekommen.

Ich sage noch einmal, daß wir aus prinzipiellen Überlegungen, aus unserem Verständnis von dem, was landeseigene Kulturpolitik ist, diesen Antrag ablehnen müssen.

Frau Matthäus, ich las gestern die "Süddeutsche Zeitung"; darin steht ein großer Artikel über die Kulturpolitik im Südweststaat. Ich empfehle Ihnen, diesen Artikel zu lesen und einmal darüber nachzudenken, vielleicht sogar auch bei Ihren Kollegen der CDU nachzufragen, ob dort Ihr Antrag auch nur ernstgenommen würde - ich meine: in Stuttgart.

Fünftens: Meine Damen und Herren, daß Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung dem Film in Nordrhein-Westfalen einigen Raum gegeben hat, hat uns gefreut. Denn, in der Tat, die künstlerische Fimförderung, so erfolgreich sie seit 1980 in unserem Lande agiert, reicht nicht aus. Es tut not, die wirtschaftliche Kehrseite der filmischen Medaille zu einem zweiten Mittelpunkt unserer Bemühungen zu machen. (D)

Wir gehen davon aus, daß es 1987 nicht bei einem Leertitel im Haushalt des Wirtschaftsministeriums bleiben wird, sondern daß im Laufe der nächsten Monate dem Parlament - dem Kulturausschuß - ein Konzept der Filmwirtschaft vorgelegt wird, das die bestehenden Ressourcen berücksichtigt, in gleicher Weise aber auch das föderale Prinzip unseres Landes.

Nordrhein-Westfalen bietet für die Entwicklung einer florierenden Filmwirtschaft eine Reihe von Voraussetzungen. Ich nenne drei: Der größte Filmproduzent der Bundesrepublik, der WDR, ist in diesem Lande angesiedelt. Nordrhein-Westfalen ist das bevöl-

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) kerungsstärkste Bundesland und von daher der stärkste Abnehmermarkt. Produzenten und Regisseure weisen immer wieder auf die heterogene und deshalb für Filmemacher so interessante Struktur unseres Landes hin. Nordrhein-Westfalen bietet nicht nur den idealen Aktionsraum für Schimanskis.

Neben der künstlerischen - das sei betont - und der wirtschaftlichen Filmförderung ist es notwendig, über die Ausbildung von Filmemachern nachzudenken. Wir haben daher die Wissenschaftsministerin gebeten, ja beauftragt, uns bis zum Frühjahr eine Bestandsaufnahme dessen, was an den verschiedensten Instituten, auch an den staatlichen - etwa an den Hochschulen - in dieser Hinsicht sich vollzieht, vorzulegen. Eine Filmwirtschaft läßt sich nämlich nur dann aufbauen bzw. weiterentwickeln, wenn genügend qualifiziert ausgebildete Menschen vorhanden sind, die den Film machen können.

Meine Damen und Herren, die Frage der Neuen Medien ist immer auch eine ideologische. Über diesem ideologischen Aspekt die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in diesen Neuen Medien stecken, allerdings zu vernachlässigen, ist gefährlich. Zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten gehört auch die der Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze in diesem Bereich.

- (B) Sechstens: Es gibt in diesem Hause zwei Männer, die sich, wie es schien, erfolgreich bemühten, die Sammlung Buchheim nach Nordrhein-Westfalen zu bringen - sprich: nach Duisburg. Einer dieser Männer war der Ministerpräsident Johannes Rau. Die Stadt Duisburg hat alle Bedingungen erfüllt, hat sie mehr als erfüllt - ich weiß, wovon ich spreche -, die an die Stiftung dieser großartigen Expressionisten-Sammlung geknüpft waren.

(Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

Mich schmerzt sehr, daß Herr Buchheim seine Sammlung aus Duisburg zurückzieht. Mich stört, daß ich Herrn Buchheims Argumente nicht verstehe.

(Frau Robels (CDU): Die haben keine Verträge gemacht!)

- Ich hatte nicht gewußt, daß die Duisburger keine sehr konkreten Verträge gemacht haben. Aber ich war tatsächlich auch davon ausgegangen, daß Absprachen unter erwachsenen Männern, die so konkrete Formen annehmen,

(Frau Robels (CDU): Ach, ach!)

die unter so vielen hochkarätigen Zeugen stattgefunden haben, ausreichen. Ich sage, daß ich dies bedaure. Um so mehr ist zu begrüßen, wie honorig ein Duisburger Industrieller auf Buchheims Verhalten reagierte:

(Zustimmung der Frau Abg. Matthäus (CDU))

Er schenkte dem fast fertigen Museum zur besseren Ausstaffierung seiner Räume 2 Millionen DM.

Nordrhein-Westfalen wird - das ist in Duisburg dokumentiert worden und in der ganzen letzten Legislaturperiode - seine, wie ich meine, erfolgreiche Museumspolitik fortsetzen. Im Zentrum steht in den kommenden Jahren der Aus- und Weiterbau des Von-der-Heydt-Museums in Wuppertal. Diese Schatzkammer findet nicht so bald ihresgleichen in unserer Republik. Freilich meine ich, die Wuppertaler müßten einen großen Kraftakt vollziehen, um diesen Schatz zu heben - im Interesse der Bevölkerung unseres ganzen Landes.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Wenn Banker glauben, mit Großanzeigen über unsere lebendige Kultur Staat machen und den eigenen Profit fördern zu können, dann lassen Sie uns diesen Ball aufnehmen. Es ist ihr legitimes Recht, Profit zu machen; ich sage das ohne Kritik. Lassen Sie uns also diesen Ball mit dem Ziel aufnehmen, Kultur als Wirtschaftsfaktor präsent zu machen.

(Zustimmung des Abg. Maedge (SPD))

Solche Präsenz stört dann auch den nicht mehr, der sonst mit ihr - der Kultur - wenig am Hut hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Friebe: Wenn ich das richtig sehe, sprechen die beiden nächsten Abgeordneten zum Bereich "Sport". - Ich darf jetzt Herrn Abg. Kuckart bitten - nein, Herr Abg. Böcker hat das Wort. Bitte sehr!

Böcker (SPD): Danke schön! - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will noch einige kurze Anmerkungen zum Bereich der Kultur machen. Es erfreut uns sicher gemeinsam, alle Fraktionen dieses Hauses - Frau Matthäus hat zu Beginn ihrer Rede bereits darauf hingewiesen -, daß der Kulturhaushalt eine erfreuliche Steigerung im Gesamtetat zu verzeichnen hat. Mein Kollege Dr. Gerritz hat eben in eindrucksvoller

(Böcker (SPD))

- (A) Weise, wie ich meine, darauf hingewiesen, wie die kulturellen Aktivitäten in unserem Lande wachsen und wie die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen blüht.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß 1983 die CDU-Fraktion einen Antrag zur kulturellen Ausgewogenheit in diesem Lande eingebracht hatte. Ich darf auch noch einmal an die damalige Diskussion erinnern: welch düsteres Bild eigentlich von diesem Land als Kulturland gezeichnet wurde. Da war von Kulturbrachen die Rede, von Versteppung und Verödung, ja von der Angst, Theater und Museen in diesem Land müßten sterben oder geschlossen werden.

Es ist erfreulich festzustellen, daß die Realität von 1986 völlig anders aussieht. Wir sind stolz auf das, was die Kultur leistet, und wir sind stolz auf das kulturpolitische Klima in diesem Land, in dem Kultur gedeihen und sich entwickeln kann. Ich denke, daß dieser Kultusminister, der, als er sein Amt antrat, gesagt hat, daß er einen Schwerpunkt, einen sehr wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit in der Kulturarbeit sehe, dem gefolgt ist, und ich meine, daß wir gemeinsam die ersten Früchte dieser Arbeit nun in die Scheuer einfahren können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich denke auch, daß natürlich die Städte und Gemeinden unseres Landes einen erheblichen Beitrag zu dieser gemeinsamen Kulturarbeit geleistet haben und daß wir versuchen müssen, weitere Felder der Kulturarbeit zu erschließen und sie in der Zukunft mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten. Wir begrüßen es deshalb außerordentlich, daß der Kultusminister die Absicht geäußert hat, sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit einzusetzen. Hierbei geht es um Fragen des Steuerrechts, um dadurch Kulturarbeit durch Stiftungen und Mäzenatentum zu aktivieren.

(Frau Robels (CDU): Der Ministerpräsident durch Kasperletheater!)

- Na, das ist doch wohl eine unqualifizierte Äußerung.

(Frau Robels (CDU): Das hat er gesagt!)

- Na, gut: Wenn Sie qualifiziertes Puppentheater dazuzählen: Ich will das gern in den Bereich der Kultur mit einvernehmen.

Ich denke, das enthebt uns natürlich nicht der Forderung, uns als Landespolitiker in den

nächsten Jahren verstärkt für die kulturellen Angebote im Land einzusetzen, und dies können wir nur gemeinsam mit den Kommunen tun. Wenn heute solche besonderen Schlüsselwörter in der Gesellschaft Eingang gefunden haben wie High-Tech oder Technologietransfer, um nur zwei bedeutende zu nennen, so glaube ich, daß Kultur in diesem Bereich nicht an Bedeutung verliert, sondern lebensnotwendiger ist denn je. (C)

Welchen Stellenwert die Kultur im Bereich des Landeshaushalts, der Landtagsfraktionen, aber auch natürlich der Landesregierung bekommen hat, wird ja an dieser Steigerung - Herr Dr. Gerritz hat darauf hingewiesen - von rund 8 Prozent deutlich. Die Landesregierung hat - dankenswerterweise, meine ich, Frau Matthäus - diesmal im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen - Sie sprachen vom Kabinett - einige Prioritäten von vornherein erkannt und von daher gleich im Vorfeld Defizite abzubauen versucht. Darüber haben wir uns sehr gefreut.

Wir freuen uns auch darüber, daß Bibliotheken mit 1 Million DM zusätzlich und Theater und Orchester mit zusätzlich 1,5 Millionen DM gefördert werden können. Dies sind Leistungen, die aus dem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU des Vorjahres resultieren. Ich glaube, daß gerade das Kulturangebot dieser beiden Sparten, die ich genannt habe, für die Bürger besonders wichtig ist. Denn hier wirkt Kultur sehr stark in die Fläche hinein und hat eine große Ausstrahlung. (D)

Lassen Sie mich mit wenigen Sätzen noch einige Bemerkungen zur Landeskulturpolitik machen! Sie wissen, daß wir seit Jahren, seitdem wir diesen Kulturausschuß haben, den Versuch unternahmen, dem Land und damit einer landeseigenen Kulturpolitik Profil zu geben. Ich denke, daß wir da ein Stück vorangekommen sind. Als Beleg dafür möchte ich anführen, daß wir in wenigen Tagen ein Glanzstück und einen Höhepunkt dieser Kulturpolitik einweihen können, nämlich das neue Museum hier in Düsseldorf, unsere Landesgalerie. Ich meine: 8,2 Millionen DM allein in diesem Haushalt 1986 machen deutlich, welchen Stellenwert dieses Landesmuseum für uns hat. Darüber sind wir sehr froh, und ich bin davon überzeugt, daß dieses Museum eine Ausstrahlung weit über die Grenzen unseres Landes und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus haben wird. Und ich meine, es ist wichtig festzuhalten, daß nordrhein-westfälische Kulturpolitik gut daran tut, auch solche Höhepunkte zu haben, die solche Ausstrahlungen bewirken können.

(Böcker (SPD))

- (A) In diesem Zusammenhang begrüßt es die SPD-Fraktion außerordentlich, daß der Kulturaustausch mit der DDR in Gang kommt. Wir sind froh darüber, daß in Kürze das Kulturabkommen zwischen dem Bund und der DDR unterzeichnet wird. Der Herr Kultusminister ist ja kürzlich mit dem Düsseldorfer Schauspielhaus in der DDR gewesen. Wir würden uns vorstellen, daß dieser Austausch in Zukunft auch weiter auf die unteren Ebenen heruntergezogen werden könnte, und ich könnte mir vorstellen, daß eines Tages auch eine Gastspielreise eines unserer Landestheater in der DDR möglich sein sollte. Ich hoffe, daß der Kultusminister mit uns gemeinsam in diesem Sinne an diesen Möglichkeiten arbeiten wird.

Ich will noch kurz einige Bemerkungen machen, die mir wichtig erscheinen. Stichwort: Kultursekretariate - Drehscheibe für Kultur. Die Entwicklung hat sich sehr positiv gestaltet. Ich darf daran erinnern, daß Gütersloh bereits eine Warteliste hat. Wir wollen das Sekretariat Gütersloh im Haushalt 1986 mit zusätzlichen 100 000 DM fördern, so daß es das erfüllen kann, was seine Aufgabe ist, nämlich die Kulturarbeit im ländlichen Raum und in den kreisangehörigen Städten zu aktivieren.

Ein kleiner, aber nicht minder wichtiger Posten ist, daß wir jetzt im Lande Nordrhein-Westfalen über drei Literaturbüros verfügen. Wir haben das erste Mal - und das ist doch wichtig - eine eigene Haushaltsposition mit 225 000 DM. Ich denke, daß diese Literaturbüros eine enorme Bedeutung für die Literaturszene in Nordrhein-Westfalen haben. So geben wir auch gern einen Zuschuß für das Westdeutsche Autorentreffen, um mit diesem Geld auch Druckkostenzuschüsse für Erstpublikationen zu ermöglichen.

Lassen Sie mich diese bunte Palette der Kulturaktivitäten und dessen, was wir fördern, mit einer kleinen Replik auf die Einschätzung der Archive schließen. Herr Dr. Gerritz wies darauf hin: Wie schrecklich wäre es, wenn man das Archivgut, das in zunehmendem Maße anfällt, nicht mehr lagern könnte und vernichten müßte.

Ich bin sehr stolz und sehr glücklich darüber, daß wir eine Haushaltsposition für die Erweiterung unseres Staatsarchivs in Detmold geschaffen haben. Es sollen dafür Planungskosten eingesetzt werden. Ich denke, Archive haben eine wichtige Funktion im Kulturbereich. Wir haben einen ersten wichtigen Schritt getan.

Ich denke, wir können uns mit unserer Arbeit sehen lassen. Wir sind sehr froh, daß die

Fraktionen dieses Hauses insgesamt der Kulturarbeit und den Finanzierungsmöglichkeiten zugestimmt haben. (C)

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Jetzt ist der Sport an der Reihe, und ich darf zunächst Herrn Abg. Herder von der Fraktion der SPD das Wort erteilen. Bitte sehr!

Herder (SPD): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man so spät spricht und im Grunde keiner mehr zuhören will - -

(Zuruf von der CDU: Doch!)

- Na gut, aber wenn ich mir das so ansehe - -

(Nagel (CDU): Die anderen sind in der Kirche!)

- Das sollte keine Kritik sein, aber es ist bei einigen eine gewisse Ermüdungserscheinung zu erkennen.

Ich muß auf einen österreichischen Schlagertitel zurückgreifen, der so schön "Es lebe der Sport, er macht hart" heißt. Ich glaube, daß man hier sicherlich hart sein muß, wenn man das alles durchstehen soll.

Der Ministerpräsident empfiehlt uns ja immer: Tut Gutes und redet darüber. (D)

(Elfring (CDU): Jetzt wissen wir es!)

Da wir glauben, an einigen Stellen Gutes zu tun, wollen wir zu dieser späten Stunde zum Sport noch etwas sagen.

(Grätz (SPD): An vielen Stellen!)

- Na gut.

Im Leben der Menschen unseres Landes spielt der Sport eine ganz besondere Rolle. Dies sieht man nicht nur an den Wochenenden, wenn Hunderttausende in die Stadien strömen; dies sieht man sicherlich auch an den 4 Millionen Sportlern in unseren Vereinen und an den vielen Sporttreibenden, die nicht in Vereinen sind. Sport ist also ein Stück aktive Freizeitgestaltung.

Mit der Erhöhung des Gesundheitsbewußtseins wird auch der Sport weiter an Bedeutung gewinnen. Ihm kommt daneben ein besonderer pädagogischer und gesellschaftlicher Wert bei der Gesundheitsvorsorge, bei der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen

(Herder (SPD))

- (A) und bei der Erholung zu. In einer Gesellschaft, in der die Freizeit einen immer größer werdenden Stellenwert besitzt, ist es Aufgabe der Sportpolitik des Landes, alle Möglichkeiten für eine aktive und sportliche Betätigung für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu sichern und diese Möglichkeit weiterzuentwickeln.

Die Sportförderung ist somit eine öffentliche Aufgabe. Sie geschieht vermittelt von Schulen, Hochschulen, mittels der Kommunen, und sie geschieht vor allem und im besonderen durch die Sportvereine.

Der Grundsatz "Sport für alle" spiegelt sich im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung wider. Die Mittel für den Sport verteilen sich dabei im wesentlichen auf zwei Bereiche, nämlich auf die Gelder für den Sportstättenbau und die allgemeine Förderung der Vereine und Verbände. Hinzu kommen - das sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben - die erheblichen Mittel aus den Sportwettenerlösen. So konnte der Landessportbund allein 1984 daraus über 43 Millionen DM für seine Arbeit einsetzen.

Die SPD-Fraktion hat sich die Beratungen um den Sporthaushalt nicht leicht gemacht. Auch in unseren Reihen waren die Erwartungen zunächst höher geschraubt. Aber auch wir Sportvertreter haben sehen müssen, daß nicht alles Wünschenswerte machbar und vor allem finanzierbar ist. Immerhin - und ich sage dies nicht resignierend - ist es uns gelungen, in den Beratungen den Haushaltsansatz um 13 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen und um 1,1 Millionen DM Barmittel zu erhöhen. Das ist aus unserer Sicht ein erheblicher Betrag. Ein Blick auf die einzelnen Haushaltstitel zeigt, wo nach unserer Auffassung die Schwerpunkte liegen.

(B)

Die Zuweisungen an die Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten wurden um 1 Million DM auf insgesamt 19 Millionen DM aufgestockt. Im Hinblick auf das zu erwartende große Auftragsvolumen sind wir darüber hinaus der Auffassung gewesen, die Verpflichtungsermächtigungen um 100 % auf jetzt 20 Millionen DM zu erhöhen; ein, wie ich meine, bemerkenswertes Ergebnis in dieser Haushaltssituation. Es zeigt doch, daß wir gerade den Gemeinden die Aufgabe der Sportförderung finanziell erleichtern. Im übrigen sind die Effekte für die Baukonjunktur nicht zu unterschätzen. Die SPD-Fraktion verfolgt mit einer solchen Politik ein Stück Verstetigung und Planungssicherheit im Sportstättenbau.

Auch der Sportstättenbau durch Vereine wurde durch die Erhöhung der Verpflichtungs-

ermächtigungen auf 7 Millionen DM gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz besser ausgestattet. Die Zuschüsse für überregional bedeutsame Sportstätten belaufen sich weiterhin auf 2 Millionen DM jährlich; aber 1 Million DM für Verpflichtungsermächtigungen ist hinzugekommen.

(C)

Im Sportausschuß des Landtages hat die CDU unseren Einzelanträgen zum Bereich des Baus, der Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten zugestimmt. Allerdings versagte sie bei der Endabstimmung über die Beratung des Sportausschusses den Ergebnissen ihre Zustimmung; ein, wie ich meine, etwas inkonsequentes Verhalten. Aber es gehört ja zum Ritual einer Opposition, daß sie sich so verhält.

Die Förderung des Sports findet neben der Förderung des Sportstättenbaus auch in den allgemeinen Fördermitteln für die Vereine und Verbände ihren Ausdruck.

Ich möchte hierbei zwei Stichworte herausgreifen. Zum einen haben wir erstmalig dem Landessportbund Nordrhein-Westfalen 250 000 DM zur gezielten Talentsuche zur Verfügung gestellt. Wir erhoffen uns davon eine Verstärkung und zahlenmäßige Vergrößerung des Nachwuchses.

Das zweite sind die Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen. Dieses Thema wird oft und heiß diskutiert. Der Landeshaushalt sieht für Übungsleiter der Vereine insgesamt 19 Millionen DM vor. Wir konnten bei dieser Haushaltssituation diesen Ansatz leider nicht erhöhen, obgleich die CDU es beantragt hatte. Mit den Sportvereinen sind wir allerdings gemeinsam der Auffassung, daß mit einem Anwachsen der Mitgliederzahlen in den Sportvereinen die Übungsleiterzuschüsse in Zukunft entsprechend angehoben werden müssen.

(D)

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderes Lob der Arbeit der vielen Trainer und Übungsleiter in den Sportvereinen. Ich weiß, daß deren Engagement und Einsatz für die Sache des Sports durch Finanzmittel allein nicht abgegolten werden kann. Das ehrenamtliche Element in den Vereinen wird auch in Zukunft die entscheidende Hauptstütze der Sportförderung bleiben.

Die Deutsche Sporthochschule in Köln leistet für den Bereich des Sports, die Ausbildung von Sportlehrern, die Sportwissenschaft und die Forschung Hervorragendes. Sie ist damit in der Bundesrepublik, aber auch über die Grenzen Deutschlands hinaus beispielgebend. Die SPD-Fraktion sieht in diesem Zusammen-

(Herder (SPD))

- (A) hang die dringende Notwendigkeit für die Errichtung einer zentralen Bibliothek der Deutschen Sporthochschule. Auf Antrag der SPD-Fraktion sind dann im Haus des Wissenschaftsministeriums 100 000 DM Planungsmittel für 1986 zur Verfügung gestellt. Die Raumnot und die mangelnde Möglichkeit, das hervorragende wissenschaftliche Material der Bibliothek adäquat zu nutzen und allen zugänglich zu machen, rechtfertigen nach Ansicht der SPD einen baldigen Neubau einer zentralen Bibliothek. Mit der Bereitstellung der Planungsmittel ist ein erster Schritt in diese Richtung vollzogen.

Nordrhein-Westfalen ist für die sportlichen Großveranstaltungen hervorragend geeignet. In Nordrhein-Westfalen sind die baulichen und die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Ausrichtung von nationalen, aber auch internationalen Sportbegegnungen und Wettkämpfen ideal. Die SPD appelliert an die Sportverbände, mehr Meisterschaften, sportliche Großveranstaltungen und internationale Begegnungen in Nordrhein-Westfalen zu veranstalten. In diesem Haushalt sind erhebliche Mittel für die Förderung solcher Veranstaltungen eingesetzt. Wir fordern die Sportverbände auf: Kommen Sie in verstärktem Maße in unser Land. Die hohen Besucherzahlen bei sportlichen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen und die Sportbegeisterung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande werden ein passender Rahmen sein.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben sicherlich viel für den Sport erreicht. Auf diesem Wege werden wir weitergehen und versuchen, neue Probleme zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank! - Jetzt spricht für die Fraktion der CDU Herr Abg. Kuckart. Ich erteile ihm das Wort.

Kuckart (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die grundsätzlichen Ausführungen von Herrn Herder angeht, kann ich ihnen nur voll zustimmen. Wir haben die erfreuliche Tatsache, daß im Sportausschuß in den verbalen Ausführungen in der Einstellung zum Sport Übereinstimmung und weitgehender Konsens besteht. Ich würde auch begrüßen, wenn das in der Zukunft so bliebe.

Ich kann auch dem Ministerpräsidenten dieses Landes zustimmen, wenn er anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Sport-Informationsdienstes in Düsseldorf erklärt: "Wir müssen die soziale Offensive im Sport verstärken." Und ein zweiter Satz: "Sport gewinnt zunehmend soziale Funktionen." Beides kann ich nur voll und ganz unterstreichen.

(C) Die Frage, die sich daraus ergibt, ist: Was sagt der Landessportplan dazu, den dieser Ministerpräsident uns vorlegt?

Meine Damen und Herren, in der Kommunalpolitik habe ich gelernt, der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik der Regierung. Hier kann man feststellen, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit große Lücken klaffen. Der Landessportplan verkümmert in der Tat immer mehr. Der Sport, Herr Herder, besitzt verbal zwar Priorität bei der SPD. Aber in der Tat gibt es diese Priorität in Ihrer Fraktion nicht mehr.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Dr. Gerritz hat beim Haushaltsplan der Kultur erklärt, daß 8 % im Kulturhaushalt mehr veranschlagt worden sind. Im Landessportplan wird immer weniger veranschlagt. Der Landessportplan nimmt also überproportional ab. Deshalb, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, droht die soziale Offensive im Sport, die wir gemeinsam tragen, zu scheitern. Wenn sie überhaupt noch überlebt in diesen Jahren, dann überlebt sie aufgrund der ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Sportvereinen, die trotz der Schwierigkeiten bereit sind, diese soziale Offensive weiter zu tragen. Das Land Nordrhein-Westfalen läßt die Sportvereine, mit denen es partnerschaftlich diese Offensive betreiben will, immer mehr im Stich. Ich will es auch begründen.

(D) Die Vergütung der Übungsleiter betrug 1980 22 Millionen DM. Wir hatten 1980 im Landessportbund 3,3 Millionen Mitglieder. Wir hatten 1980 45 000 Übungsleiter. Die Vergütung für Übungsleiter beträgt 1985 19 Millionen DM, 3 Millionen DM weniger. Wir haben aber im Landessportbund 4 Millionen Mitglieder, also 700 000 Mitglieder mehr, und wir haben 55 000 Übungsleiter, das heißt 10 000 Übungsleiter mehr. Hieran wird erkennbar, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht angemessen die Übungsleitervergütung angehoben hat. Wir waren uns einig darüber, mindestens 30 % sollte das Land übernehmen. Wir liegen heute unter 20 %. Hier liegt das Problem der sozialen Offensive, daß sich das Land Nordrhein-Westfalen, diese Regierung, immer mehr auf Raten aus dieser sozialen Offensive zurückzieht und damit aus seiner Verantwortung für diese soziale Offensive.

Wir haben eine Erhöhung beantragt, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in all den Jahren. Wir haben sie beantragt und dazu auch Deckungsvorschläge gemacht. Sagen Sie nicht, die seien unsolide gewesen. Die Deckungsvorschläge waren solide. Ich habe

(Kuckart (CDU))

(A) auch den Eindruck - lassen Sie mich das sagen -, daß die Kollegen der SPD und auch der F.D.P. im Sportausschuß der gleichen Meinung sind, daß sie es im Grundsatz viel lieber sähen, wenn in diesem Bereich mehr getan würde. Aber sie haben sich in ihren Fraktionen nicht durchsetzen können. Wir haben ja nicht nur die Erhöhung der Übungsleitervergütung beantragt. Wir haben im Landtag - und ich bin der SPD- und der F.D.P.-Fraktion dankbar, daß sie mitziehen - einen Antrag zur Vereinsbesteuerung eingebracht.

(Rohe (SPD): Was hat denn der Bundestag beschlossen?)

- Herr Rohe, die Vereine sind ja gezwungen, durch eigene Einnahmen die ausbleibenden Einnahmen des Landes zu ersetzen, um die von uns so hochgelobte soziale Offensive fortzuführen. Das ist das Problem, und wir hoffen, daß wir dabei behilflich sein können.

Lassen Sie mich noch ein drittes sagen. Ich habe zwar zwischen den Zeilen gehört, daß die SPD-Fraktion durchaus bereit sein wird, die Vereinbarungen "Spiel 77", "Glückspirale" usw. zu verlängern. Aber ich habe den Eindruck, Herr Kultusminister, daß Sie nicht bereit sind, das ohne Wenn und Aber zu tun, und das würde ich außerordentlich bedauern. Sie können nicht den Wert der freien Ausübung des Sportes betonen, den Sport aber durch Finanzmittel dann zwingen, bei einer gewissen Aufgabe in eine gewisse Richtung zu gehen. Ich habe die herzliche Bitte an Sie im Interesse der Partnerschaft, die ja zwischen Landessportbund und Land besteht, daß diese Vereinbarung ohne Wenn und Aber verlängert wird. Ich bin davon überzeugt, daß der Landessportbund bereit sein wird, mit uns gemeinsam, mit Regierung und Parlament, vor allen Dingen mit dem Sportausschuß, eine vernünftige Richtung und Linie in der Zukunft weiter zu vertreten.

(B)

Dann ist gesagt worden, Sport ist zum sozialen Handeln geworden. Die Sportjugend hat ja etwas getan. Sie hat Sport mit jugendlichen Arbeitslosen, Sport mit jugendlichen Aussiedlern, Sport in Heimen veranlaßt. Sie will das auch weiterführen. Bloß bekommt sie nicht das Geld dafür. Sie braucht neben dem persönlichen Einsatz auch Geld, um diese Maßnahmen durchzuführen. Hier ist nichts mehr geschehen.

Wenn uns also die Randgruppen der Gesellschaft so wichtig sind - sie sollten uns wichtig sein; darin sind wir mit Ihnen einig -, dann muß man auch bereit sein, dafür etwas zu tun. Hier hätte man mit

geringfügigen Mitteln in der Tat eine Menge erreichen können. Ich bedaure also, daß die Mittel der Sportjugend für diese wichtigen Maßnahmen im Bereich der Randgruppen nicht erhöht worden sind, obwohl man sie beantragt hat und ursprünglich auch die Bereitschaft, sie zu bewilligen, vorhanden war.

(C)

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen. Ein trauriges Kapitel ist der Sportstättenbau. Das hat der Herr Staatssekretär im Sportausschuß auch selbst erklärt. Die Mittel für den Sportstättenbau sind seit 1980/81 um zwei Drittel heruntergegangen. Wir haben nur noch ein Drittel der ursprünglichen Mittel, noch knapp 70 Millionen DM. Durch Ihre Anträge und durch die Verpflichtungsermächtigung sind sie jetzt etwas erhöht worden. Das ist also ein noch wesentlich größeres Problem.

Wenn die soziale Offensive weitergehen soll - wir sind davon überzeugt, daß sie notwendig ist, nicht nur wegen der Freizeit, sondern auch wegen der Gesundheit, aus jugendpflegerischen Gründen -, dann müssen auch die Sportstätten da sein. Es bedeutet den Tod der sozialen Offensive, wenn wir nicht mehr in der Lage sind, in ausreichendem Maße Sportstätten anzubieten.

Deshalb, Herr Minister, meine Damen und Herren von der SPD, müssen wir hier etwas tun; denn im Bereich der Sportstätten ist der Bedarf vorhanden. Wir haben andere Bereiche in unserem Lande, wo der Bedarf nicht vorhanden ist, wo er erst geweckt werden müßte. In meinem Wahlkreis mußten zum Beispiel Beamte des Kultusministeriums bei der Kreisverwaltung erst vorstellig werden, um den Bedarf für eine Gesamtschule zu wecken. Bei uns ist keiner auf diesen Gedanken gekommen.

(D)

(Minister Schwier: Soziale Offensive!)

- Ich will es nur sagen. Der Bedarf an Sportstätten ist vorhanden. Wir sind aber nicht in der Lage, diesen Bedarf zu decken. Ich kann das nur bedauern.

Lassen Sie mich dazu nur zwei Punkte anführen. Wir regen darüber hinaus an, uns im Sportausschuß Gedanken darüber zu machen, wie wir die Hallenbäder freizeitgerechter ausgestalten. Wir denken an ein Sonderprogramm zum Anreiz der Kommunen; diese erzielen ja hohe Defizite dort. Wir haben den "Treffpunkt Bad" sehr erfolgreich durchgeführt. Mit entsprechenden Mitteln könnten die Hallenbäder freizeitgerechter ausgestattet werden. Dann erzielen sie einen höheren Besuch, und die Kommunen hätten ein geringeres Defizit. Es wäre, glaube ich, wert, dort anzusetzen und dafür in Zukunft auch Mittel bereitzustellen.

(Kuckart (CDU))

- (A) Lassen Sie mich eine weitere Anregung geben. Wenn wir in den kommenden Jahren schon nicht in der Lage sind, genügend Sportstätten und Sporthallen zur Verfügung zu stellen - es gibt doch Sportarten, die nicht unbedingt in einer Sporthalle durchgeführt werden müssen. Für Gymnastik, Jazzgymnastik oder Tischtennis brauchen Sie - nur als Beispiel - nicht unbedingt eine Sporthalle. Wäre es nicht möglich, in öffentlichen Gebäuden Räume zur Verfügung zu stellen, um dort derartige Sportarten durchzuführen? Dies ist nicht mein Vorschlag gewesen.

Es hat einmal jemand gesagt, man sollte überlegen, ob die Aulen, die in allen Schulen die meiste Zeit des Jahres leerstehen, nicht durch geringfügige Mittel in Mehrzweckräume umgestaltet werden können, um dort Gymnastik, Tanz, Tischtennis usw. durchzuführen. Auch darüber sollten wir sprechen, wenn wir die soziale Offensive im Sport vorantreiben wollen.

Herr Herder, ich bin sehr erfreut darüber, daß die 100 000 DM für die Bibliothek der Deutschen Sporthochschule zur Verfügung stehen. Wir haben einmal gesagt, wir könnten Sie nur moralisch unterstützen. Unsere Moral hätte auch für eine Million ausgereicht. Wir sind aber froh darüber, daß zumindest 100 000 DM eingesetzt worden sind, so daß wir damit die Notwendigkeit dieser Bibliothek anerkannt haben. Ich hoffe, es wird in den kommenden Jahren möglich sein, die Mittel zum Bau der Bibliothek zur Verfügung zu stellen.

(B)

Wir haben in einigen Monaten das Hearing "Sport und Gesundheit". Ich habe in alten Protokollen nachgesehen, daß alle Fraktionen des Landtages dieses Hearing schon 1979 vorgesehen hatten. Es hat bloß nicht stattgefunden. Es findet jetzt statt. Ich begrüße das.

Nur, meine Damen und Herren von der SPD, wenn wir über Sport und Gesundheit sprechen, ist es nahezu schizophren, daß Sie 1983 die Mittel für Gesundheitsvorsorge gestrichen haben und daß Sie jetzt nicht in der Lage sind, die notwendigen Mittel für die sportmedizinische Untersuchung der D-Kader zur Verfügung zu stellen. Das müßte doch möglich sein. Wenn wir schon über Sport und Gesundheit sprechen, müßten zumindest in den Bereichen,

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

die wir bisher schon bedient haben, die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, um auch dort etwas für die Gesundheit der Sportler zu tun.

(C) Lassen Sie mich abschließend einen Punkt nicht vergessen: das Deutsche Sportmuseum. Ich kenne nicht den neuesten Stand der Entwicklung. Ich habe aber den Eindruck: Wenn wir noch länger zögern und wenn wir als Land Nordrhein-Westfalen nicht bereit sind, hierfür einzuspringen, dann wandert das Deutsche Sportmuseum nach Berlin oder nach München ab. Denn beide Städte bewerben sich darum. Es muß also unser Interesse sein, daß dieses Deutsche Sportmuseum nach Köln kommt;

(Zustimmung der Abg. Frau Robels (CDU))

denn dort sind bereits Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Ich habe gehört, es läge bisher am Land Nordrhein-Westfalen. Ich bitte also dringend darum, im Interesse unseres Landes dafür zu sorgen, daß auch das Land Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen dafür schafft, daß das Sportmuseum nach Köln kommt.

Ein letztes Wort noch. Herr Rohe, die CDU-Fraktion ist Ihnen dankbar dafür, daß wir im kommenden Jahr über die Situation im Behindertensport sprechen werden. Wir tun uns, glaube ich, im Bereich des Behindertensports alle schwer, weil wir davon so ganz unmitelbar einfach nicht betroffen sind. Ich meine aber, daß wir über den Behindertensport diskutieren sollten. Wir sollten vor allem über eines diskutieren. Der Behindertensport läuft Gefahr, vom Vereinssport zur Profession zu werden mit der Folge, daß man die Behinderten aus den Vereinen herausnimmt und sie irgendwelchen Kliniken oder anderen Maßnahmen angliedert. Diese Gefahr ist sehr groß. Wenn Sie das Protokoll über das Hearing im Deutschen Bundestag darüber nachlesen, werden Sie diese Gefahr erkennen.

(D)

Wir sollten also alles daran setzen - auch aus Kostengründen -, daß, soweit wie nur eben möglich, die Behinderten-Sportvereine diese Aufgabe übernehmen. Ich hoffe, daß wir bei Ihnen dafür die Unterstützung finden.

Wenn die CDU-Fraktion dem Landessportplan nicht zustimmt, meine Damen und Herren, dann nicht nur mangels Masse, sondern auch mangels Perspektive.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05 liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung. Die Abstimmung findet, wie besprochen, morgen statt.